

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 24. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 22. Oktober 2014
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.20 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Jürg Vogt, Präsident Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Franz Vogt
 Robert Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack, Beatrice Hecklin, Philippe Hofmann, Stephan Wolf

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 30 Anwesende = 20
 18.05 Uhr, 31 Anwesende = 21
 18.15 Uhr, 32 Anwesende = 22
 18.20 Uhr, 33 Anwesende = 22
 18.30 Uhr, 34 Anwesende = 23
 19.10 Uhr, 35 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen**, anstelle des zurückgetretenen Claude Duperrex, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4205
 2. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Umweltkommission**, anstelle des zurückgetretenen Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016) Geschäft 4206
 3. Bericht des Gemeinderates vom 24.09.2014, betreffend **Pensionskasse „Besitzstandsregelung & Teilrevision Personal- und Besoldungsreglement“**
 Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4196
-

4. Bericht des Gemeinderates vom 14.05.2014 und 17.09.2014, sowie der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 10.09.2014, betreffend **Einführung Parkraumbewirtschaftung**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4181 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 05.02.2014, betreffend **Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 889'000.00 inkl. MWST für die Vorprojektierung „Unser neues Schulhaus“, Gartenhof (Parzelle A-5447)“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4086B
6. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014, betreffend **Abrechnung über das Geschäft Nr. 3987 Gesamtstrategie „Unser neues Schulhaus“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3987B
7. Bericht des Gemeinderates vom 17.09.2014, zum Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, vom 20.03.2013, betreffend **Bedürfnis- und Umsetzungsabklärung im Bereich Palliativmedizin bzw. Palliativ Care in der Gemeinde Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4132 / A
8. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 18.06.2014, betreffend **Familienergänzende Betreuung mit Famex-Kürzungen**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4199 / A
9. Postulat von Ueli Keller, Grüne Allschwil, vom 03.05.2014, betreffend **günstigere Rahmenbedingungen für Tageskindergärten und Tagesschulen**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4189

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 24 vom 22. Oktober 2014

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Jürg Vogt

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zu den Mitteilungen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass Claude Duperrex leider den Austritt aus dem Einwohnerrat gegeben hat. Die SP hat Nicolas Chapuis nominiert, er ist bereits unter uns. Ich wünsche Herrn Chapuis alles Gute und viel Freude im Einwohnerrat. Denken Sie daran, dass die Budgetpostulate bis zum 12. November eingereicht werden müssen. Das Mitteilungsblatt haben alle erhalten. Mir liegt eine dringliche Motion vor, sie liegt bei Ihnen auf, Sie konnten davon Kenntnis nehmen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe heute eine dringliche Motion eingereicht zum Verkauf der gemeindeeigenen Liegenschaften, Walmerhaus und das Haus an der Klarastrasse. Das habe ich erwähnt, weil der Gemeinderat dies in seinem Bericht von den geretteten Häusern im AWB auch so erwähnt. Ich spreche jetzt nur zur Dringlichkeit. Wenn wir etwas bewirken möchten, dann müssen wir heute Abend über das Walmerhaus diskutieren. Wenn Sie die Dringlichkeit ablehnen und wir heute Abend nicht über das Walmerhaus diskutieren, dann wird der Gemeinderat gemäss dem Artikel im AWB die Liegenschaft demnächst veräussern. Es steht hier ganz klar, dass sich mehrere Interessenten gemeldet haben. Ich bitte Sie, dieser Dringlichkeit zuzustimmen. Ich weiss auch, dass eine dringliche Motion gemäss Geschäftsreglement ein Antrag zu einem Paragraph ist oder um etwas zu ändern. Wenn ich es korrekt machen wollte, dann hätte ich Antrag stellen müssen, den Paragraph 15 der Gemeindeordnung, Absatz 2, zu ändern, nämlich dass der Gemeinderat nur die Möglichkeit hat, Liegenschaften zu handeln pro Jahr für CHF 1'000'000. Jetzt hat er CHF 2'000'000, wo er pro Jahr handeln darf. Das ist der Grund, weshalb ich mich zu dieser nicht ganz konformen Motion durchgerungen habe. Ich bitte Sie dieser Dringlichkeit zuzustimmen, damit wir heute Abend über das Walmerhaus diskutieren können. Der Gemeinderat würde dann nicht nur meine Meinung hören, sondern auch noch andere Meinungen aus dem Rat.

Jürg Vogt, Präsident: Wir stimmen zuerst über die Dringlichkeit ab, ob wir das heute Abend behandeln möchten.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Der Gemeinderat beantragt Ihnen, der dringlichen Motion nicht zuzustimmen, und zwar aus formellen Gründen. Kurt Kneier hat es bereits angesprochen, es gibt rechtliche Unwegsamkeiten, welche diesem Vorstoss anheften. Der Gemeinderat geht sogar weiter und sagt, dass die Motion in diesem Zusammenhang widerrechtlich ist, weil sie dem Reglement widerspricht. Eine Motion ist nur vorgesehen für Geschäfte, die im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegen. Das Geschäft hier, der Verkauf dieser Liegenschaft, liegt in der alleinigen Kompetenz des Gemeinderates. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass diese Motion nicht möglich und widerrechtlich ist. Es ist dem Motionär überlassen, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir würden dies Kurt Kneier gerne nahe legen. Wenn es in ein Postulat umgewandelt wird, dann können wir dies, sofern die Dringlichkeit bejaht wird, nach der Pause behandeln, was sicher auch im Interesse des Gemeinderates liegt. Ich bin heute Abend in der Funktion als Gemeindepräsidentin da und nicht als Juristin, darum möchte ich gerne unserem Jurist, Ruedi Spinnler, das Wort geben, damit er Ihnen die rechtliche Abhandlung dazu darlegen kann. Das ist wichtig, damit Sie wissen, worüber Sie letztendlich abstimmen.

Rudolf Spinnler, Rechtsdienst: Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates steht, dass eine Motion den Gemeinderat verpflichten kann, einen Bericht zur Ergänzung oder Änderung der Gemeindeordnung zu erarbeiten. Die Gemeindeordnung steht im Kompetenzbereich des Einwohnerrates. Einen Bericht zur Ergänzung, Änderung und zum Erlass eines Reglements zu erarbeiten, liegt auch in der Kompetenz des Einwohnerrates, und ein Bericht für andere in die Zuständigkeit des Einwohnerrates fallende Beschlüsse zu erarbeiten. Andere Möglichkeiten für eine Motion gibt es nicht. Wenn der Einwohnerrat das Geschäftsreglement anpassen und ändern möchte, dann würde dies nicht gehen, weil dies eine Kompetenzüberschreitung ist und dem Gewaltentrennungsprinzip widerspricht. Darum sind wir der Meinung, dass eine Motion hier nicht möglich ist. Wenn der Einwohnerrat dies trotzdem überweist, dann wäre das für eine Stimmrechtsbeschwerde anfällig. Da könnte jemand dagegen eine

Stimmrechtsbeschwerde erheben. Darum wäre es gut, wenn Kurt Kneier dies, um eine Diskussion zu ermöglichen, in ein Postulat umwandelt.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir jetzt nur über die Dringlichkeit sprechen, ob wir das heute Abend nach der Pause behandeln möchten oder nicht.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir haben die Unterlagen erhalten und dies kontrovers diskutiert. Wir sind verschiedentlicher Meinung. Ich höre, dass der Gemeinderat bereit ist, heute Abend darüber zu sprechen, falls es in ein Postulat umgewandelt wird. Wir von der SP werden sicher nicht dagegen stimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wir werden dieser Dringlichkeit zustimmen. Vielleicht müssen wir es in ein Postulat umwandeln, damit es nachher rechtlich verhebt.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich wusste das natürlich wegen dem Postulat. Ich frage den Juristen oder den Gemeinderat an. Wenn ich das jetzt in ein dringliches Postulat umwandle, wir nachher darüber diskutieren, hat dann der Gemeinderat das Verbot, dass er diese Liegenschaft nicht verkaufen kann zwischenzeitlich, bis wir das Postulat behandelt haben. Das ist für mich ein wesentlicher Punkt, wenn ich es umwandle in ein dringliches Postulat. Ich möchte es aber klar sagen, dass ich dem Gemeinderat für diesen Verkauf die Handlungsfähigkeit einschränken möchte. Ich muss es jetzt halt trotzdem sagen. In allen Artikeln, ob es im AWB oder in der BZ war, habe ich nirgends gelesen, dass sich der Gemeinderat bewusst ist, dass da unsere Vorgänger Landreserve gekauft haben für das Schulhaus und die Turnhalle Schönenbuchstrasse. Wir haben, wenn wir dieses Areal behalten, in Allschwil im Dorfkern ein Stück Areal, welches vom Dorfplatz bis zur Klarastrasse geht. Das ist Landreserve. Wir haben keine Landreserven mehr in Allschwil. Wir haben noch die Wegmatten.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Kneier, Entschuldigung.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich möchte den Gemeinderat fragen, wenn ich es umwandle, ob er dann verkauft oder die Verhandlungen einstellt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Diese Frage haben wir uns im Gemeinderat auch gestellt, welche Möglichkeiten wir als Gemeinderat haben. Dürfen wir nachher noch unterschreiben oder dürfen wir nicht. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es verhebt, so meine ich, auch mit der rechtlichen Argumentation. Rein rechtlich besteht kein Zwang, dass wir nicht unterschreiben dürfen. Ein rechtliches Verbot gibt es auch nachher nicht. Aber es ist natürlich ein Politikum, und deswegen möchte der Gemeinderat dies behandeln. Wir möchten dies heute abschliessend diskutieren und Ihre Meinung hören, damit wir nachher politisch wissen, in welche Richtung wir gehen sollen, nicht dürfen, sondern sollen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Die Fraktion der Grünen/EVP bejaht die Dringlichkeit.

Mario Elser, EVP/Grüne-Fraktion: Für mich ist es ganz klar, dass es nachher verkauft wird, das geht wahrscheinlich schnell über die Bühne. Und dann ist die ganze Übung für die Füchse. Darum unterstützen wir die Dringlichkeit der Motion und nicht vom Postulat.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich bin jetzt in einer saublöden Situation. Wenn ich die dringliche Motion stehenlasse, dann habe ich etwas gemacht, was nicht rechtens ist, das war ich mir aber voll bewusst. Ich habe damit gerechnet, dass der Gemeinderat mit diesem Argument kommt. Dass er das jetzt so stark herausstreicht, damit habe ich nicht gerechnet. Mir geht es um die Sache. Mir geht es darum, dass wir dies heute Abend sauber diskutieren können. Contre coeur, aber ich wandle die dringliche Motion in ein dringliches Postulat um, damit wir nachher darüber diskutieren können. Ich bitte Sie, wirklich Ihre Meinung kundzutun.

Jürg Vogt, Präsident: Kurt Kneier hat es in ein Postulat umgewandelt. Es braucht ein Zweidrittelmehr, damit die Dringlichkeit gegeben ist.

://

Mit 29 Ja- und 3 Nein-Stimmen wird die Dringlichkeit bejaht, bei einem Zweidrittelmehr von 22.

Wir werden dies nach der Pause nach dem Info-Fenster traktandieren.

Jürg Vogt, Präsident: Ich möchte Sie noch auf das Postulat von der EVP/Grüne-Fraktion aufmerksam machen, Unternehmerbeiträge für Aufgaben der Gemeinde.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Gibt es Anträge zur Änderung der Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, somit ist die Traktandenliste, wie sie vorliegt, genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, anstelle des zurückgetretenen Claude Duperrex, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4205

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir schlagen Nicolas Chapuis vor.

Jürg Vogt, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Das ist nicht der Fall. Ist der Rat mit stiller Wahl einverstanden? Gut.

://

Somit ist Nicolas Chapuis in stiller Wahl gewählt.

Ich gratuliere und wünsche ihm viel Glück.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Umweltkommission, anstelle des zurückgetretenen Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016), Geschäft 4206

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir schlagen Frau Jacqueline Misslin vor.

Jürg Vogt, Präsident: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://

Jacqueline Misslin ist somit in stille Wahl gewählt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 24.09.2014, betreffend

Pensionskasse „Besitzstandsregelung & Teilrevision

Personal- und Besoldungsreglement“

Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4196

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wie Sie wissen, fällt per 1.1.2015 die Staatsgarantie weg. Das heisst, auch für öffentlich-rechtliche Pensionskassen gilt das System, dass sie jeder Zeit voll gedeckt sein müssen. Das hat dazu geführt, dass die ganze Pensionskassengesetzgebung einer Revision unterzogen werden musste. Insbesondere ist die Ausfinanzierung der Deckungslücke im System der Vollkapitalisierung festgelegt worden und auch die Organisation der Pensionskasse wurde neu geregelt. Im gleichen Zusammenhang wurde der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat vorgenommen. Das revidierte Pensionskassengesetz hat das Stimmvolk am 22. September 2013 angenommen. In der Zwischenzeit ist eine formulierte Gemeindeinitiative eingegangen. Die hat dazu geführt, dass es zu einer zweiten Volksabstimmung gekommen ist. Am 18. Mai 2014 hat das Stimmvolk Ergänzungen zum Pensionskassengesetz angenommen. Dort wurde vor allem festgehalten, dass die Ausfinanzierung der Gemeindelehrkräfte inklusive Musikschulen zusätzlich vom Kanton übernommen wird. Der nicht ganz unwesentliche Nebeneffekt für alle Gemeinden ist der, dass die finanzielle Belastung der Gemeinden sich halbiert hat. Für Allschwil heisst das, dass wir anstelle von rund CHF 40'000'000 nur noch rund CHF 20'000'000 ausfinanzieren müssen. In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat die vom Gesetz zwingend vorgesehene paritätisch zusammengesetzte Vorsorgekommission gegründet. Wie sich diese Kommission zusammensetzt habe ich Ihnen bereits an der letzten Einwohnerratssitzung bekanntgegeben, darauf darf ich verweisen. Aufgrund der neuen gesetzlichen Grundlage oder gesetzlichen Regelung sind verschiedene Entscheide angestanden. Insbesondere musste die Wahl der Vorsorgeeinrichtung entschieden werden, ab dem 1.1.2015, die Frage, ob die Gemeinde Allschwil bei der BLPK verbleiben soll oder ob allenfalls ein Wechsel zu einer anderen Vorsorgeeinrichtung vorgenommen werden soll. Die Entscheidkompetenz für diese Frage lag alleine bei der Vorsorgekommission. Die hat Abklärungen gemacht und es wurden Offerten eingeholt. Der Gemeinderat hat diese geprüft. Weil man gesehen hat, dass die Gemeinde Allschwil einen überdurchschnittlich hohen Rentneranteil hat und vor allem die Altersstruktur der Aktiven nicht ganz so attraktiv ist, hat man gesehen, dass die Gemeinde Allschwil nicht so attraktiv ist für einen Vollversicherer. Da der Kanton die Ausfinanzierung der Deckungslücke für Gemeindelehrkräfte zusätzlich übernommen hat aufgrund der Gemeindeinitiative ist eine Rückerstattungspflicht festgeschrieben, sollte eine Gemeinde aus der Basellandschaftlichen Pensionskasse effektiv austreten. Für Allschwil wären dann wieder CHF 40'000'000 Ausfinanzierung angestanden, wenn die Lehrer und die Verwaltung austreten würden, und man würde mit beiden zusammen zu einer neuen Vollversicherung gehen. Ein allfälliger Wechsel für Gemeindelehrkräfte war kein Thema mehr für die Gemeinde und nicht denkbar für das Verwaltungs- und Betriebspersonal. Den Verbleib vom Rentnerbestand bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse haben wir auch geprüft und haben auch geprüft, wie das aussehen wird, wenn wir effektiv nur mit dem Verwaltungs- und Betriebspersonal weggehen. Wir haben alle Vor- und Nachteile intensiv abgewogen. Wir sind dann zum Schluss gekommen und haben dies so der Vorsorgekommission beantragt, dass wir weiterhin bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse bleiben und keinen Wechsel vornehmen. Die Vorsorgekommission hat dem einstimmig zugestimmt. Weiter stand die Wahl des Vorsorgeplans an. Auch hier war die Entscheidkompetenz bei der Vorsorgekommission. Diese hat sich einstimmig dafür entschieden, dass wir das Kantonsmodell übernehmen. Das heisst, dass die Prämienaufteilung wie beim Kanton, 45% Arbeitnehmer und 55% Arbeitgeber, sein soll. Bisher war es so, dass 40% Anteil Arbeitnehmer war und 60% Arbeitgeber. Das heisst, dass die Arbeitnehmer einen zusätzlichen Betrag übernommen haben. Weiter hat sich die Vorsorgekommission für das Modell 60 60 entschieden. Das Ziel für die Altersrente ist 60% des massgeblichen Lohnes. Auch bei der IV-Rente gehen wir von 60% aus. Was nicht übernommen wurde, was der Kanton macht, das wurde vorläufig so entschieden, dass wir die Beiträge in den Teuerungsfonds einzahlen. Das heisst, dass die bisherigen Renten einer Teuerungsanpassung unterliegen. Bei dieser Regelung hat die Vorsorgekommission entschieden, dass wir dies nicht übernehmen werden. Weiter gab es die Wahl der Finanzierungsart des auszufinanzierenden Betrags. Das ist ein Teil, der in der alleinigen Entscheidungskompetenz des Gemeinderates liegt. Der Gemeinderat hat sich entschieden, vorerst nicht bei diesem Pooling-Angebot mitzumachen beim Kanton. Wir haben den Antrag beim Kanton auch ausgefüllt, aber mit dem Vorbehalt, dass wir auf eigener Basis ein besseres Angebot hereinholen können und dann beim Pooling-Angebot nicht mitmachen werden, wenn wir ein besseres Angebot reinholen können.

Weiter steht die Frage im Raum, und das ist jetzt Ihre Entscheidungskompetenz, nämlich die Wahl der Besitzstandsregelung. Das ist ein Bereich, den alleine der Einwohnerrat entscheiden kann. Das ist jetzt Ihre Aufgabe. Sie haben das Papier intensiv gelesen und konnten sich eine Meinung bilden. Wie ich anfangs ausgeführt habe, haben die gesetzlichen Neuerungen auch den Wechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat zur Folge. Für alle Mitarbeitenden entstehen durch diesen Wechsel gewisse Beitragslücken. Insbesondere die älteren Mitarbeitenden betrifft das härter, sie fahren grössere Lücken ein. Es hat sich deshalb die Frage gestellt, ob diese Lücken vom Arbeitgeber übernommen werden sollen, sprich von der Gemeinde, ob sie vollständig zu schliessen sind von der Gemeinde, ob sie für alle Mitarbeiter zu schliessen sind oder nur für einen Teil der Mitarbeiter. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt. Auch die Vorsorgekommission hat sich mit dieser Frage auseinandergesetzt. Beide beantragen Ihnen hinsichtlich der Besitzstandsregelung die Regelung des Kantons für das Kantonspersonal zu übernehmen, wie sie im Pensionskassendekret in den Paragraphen 21 ff vorgesehen ist. Sie haben das im Bericht gesehen, dort ist das ausführlich dargestellt. Es erhalten nicht alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen diese Besitzstandsgarantie, sondern nur die älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde, welche auch eine gewisse Anzahl Dienstjahre bei der Gemeinde aufweisen, mindestens drei Jahre. Zudem gibt es eine abgestufte Besitzstandsgarantie. Nicht jeder Mitarbeiter oder jede Mitarbeiterin mit dieser Anzahl Dienstjahre und dem notwendigen Alter erhält eine volle Besitzstandsgarantie, sondern es ist abgestuft. Erst nach rund 63 Jahren gibt es eine 100% Besitzstandsgarantie. Die genauen Voraussetzungen und die Höhen in Prozent der Besitzstandsgarantie können Sie der kantonalen Regelung des Pensionskassendekrets entnehmen. Wichtig für Sie ist, dass die Besitzstandsgarantie nicht gratis zu haben ist, das kostet uns etwas. Aufgrund der Zahlen per 31.12.2013 kostet das die Gemeinde eine einmalige Summe von CHF 1'262'200. Diese Summe gilt es bei der BLPK einzuzahlen. Der genaue Betrag hängt letzten Endes vom Personalbestand per 31.12.2014 ab und kann sich deshalb auch noch ändern. Im Grundsatz wird es etwas kosten. Der Gemeinderat und die Vorsorgekommission sind der Ansicht, dass diese Lösung angebracht ist. So haben wir eine einheitliche Lösung für die Lehrpersonen, die über den Kanton laufen und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die Mitarbeitenden auf eine Äufnung des Teuerungsfonds verzichten. Das heisst, dass die Renten nicht der Teuerung angepasst werden. Wenn man das alles berücksichtigt, insbesondere berücksichtigt, dass die Mitarbeitenden jetzt auch einen grösseren Beitrag leisten, nämlich 45%, vorher waren es nur 40%, neu wurde auch das Rentenalter von 64 auf 65 angehoben, das ist nochmals ein Beitragsjahr mehr, und dann ist der Gemeinderat der Meinung, dass diese Lösung angemessen ist. Es gibt keine Unterscheidungen zwischen älteren Kantonsangestellten und unseren älteren Mitarbeitenden. Das ist auch noch wichtig, wir haben konstant eine Gleichbehandlung der Mitarbeitenden. Zusammenfassend beantragt Ihnen der Gemeinderat entsprechend dem Antrag 1 zu beschliessen.

Der zweite Teil der Vorlage betrifft die Anpassung des Personal- und Besoldungsreglements bei verschiedensten Paragraphen. Im Grundsatz ist es eine Formalität, weil vielfach nur ein Wort geändert wird. Anstatt BLPK heisst es „eine anerkannte Vorsorgeeinrichtung“. Ich denke, das ist richtig, falls es in Zukunft effektiv zu einem Wechsel kommt. Der Entscheid ist ja nicht für ewige Zeiten so, dass wir bei der BLPK bleiben, der Entscheid könnte in den nächsten Jahren nochmals geändert werden. Dann müsste man das Reglement nicht wieder anpassen. Ich habe noch eine Ergänzung anzubringen, was vielleicht aufgrund des Berichts an den Einwohnerrat nicht klar geworden ist. Auf Seite 6 bei Paragraph 27 wird beantragt, dass wir diesen aufheben. Der Antrag ist nach wie vor richtig. Die Begründung ist nicht ganz so. Bei der Begründung steht: „Es besteht kein Rechtsanspruch auf eine vorzeitige Pensionierung“. Das ist nicht ganz richtig. Richtig wäre, dass man kein Anspruch auf eine Vergütung hat, wenn man sich vorzeitig pensionieren lässt.

Die andere Ergänzung ist auf Seite 7, Paragraph 29. Dort ist es nicht nochmals wiedergegeben, wie der Paragraph 29 neu heissen soll. Es ist auch dort nur der Ersatz des Worts Basellandschaftliche Pensionskasse in das Wort „eine von der Gemeinde anerkannte Vorsorgeeinrichtung“. Die Begründung ist eigentlich die gleiche wie bei Paragraph 47, also eine Wortanpassung. Auch hier beantragt Ihnen der Gemeinderat entsprechend dem Antrag 2 zu beschliessen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke der Gemeindepräsidentin für die ausführlichen Worte. Wie erwähnt wurde, muss der Einwohnerrat über den Besitzstand entscheiden. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Detailberatung.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion befürwortet die Vorlage. Die ganze PK-Vorlage, die uns der Gemeinderat präsentiert, scheint uns ausgewogen zu sein, der Verbleib bei der BLPK eine marktgerechte Lösung, die vermehrt transparent sein wird. Darum werden wir die Zahlung von CHF 1'200'000 für den Besitzstand guthessen. Das kostet uns zwar einiges auf den ersten Blick, aber wir dürfen nicht übersehen, dass wir in Zukunft auch auf Kosten der Arbeitnehmenden sehr viel sparen

möchten, sei das mit den höheren Beiträgen, die sie bezahlen müssen, das höhere Pensionsalter und möglicherweise tiefere Renten. Wir finden es darum angemessen, dass es bei den älteren Mitarbeitenden, welche auf die höhere Rente vertraut haben, eine Abfederung gibt. Wir waren überrascht, dass wir als Einwohnerrat nur über solche Randerscheinungen entscheiden dürfen und nichts über Vorsorgeplan PK, Finanzierungsart usw. Das scheint aber seine Richtigkeit zu haben.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Es hat mich ausserordentlich gefreut, was ich jetzt gehört habe, nämlich dass nicht nur die SP-Fraktion dieser Sache zustimmt. Was mich nicht so gefreut hat, ist, dass es eine Randerscheinung ist, zumindest ist es das nicht für die Betroffenen. Zuerst herzlichen Dank an die Vorsorgekommission für die gute Arbeit und dem Gemeinderat für den ebenso guten Bericht. Unsere Fraktion wird zustimmen und ist der Meinung, dass hier eine gute Besitzstandslösung für das Gemeindepersonal erarbeitet wurde. Bis hierhin haben alle ihre Arbeit gut gemacht, jetzt sind wir dran. In der Hoffnung, hier im Rat offene Türen einzurennen, bitte ich Sie den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Die neue PK-Regelung verlangt allen etwas ab, bei den älteren Mitarbeitenden zeigen sich zu grosse Lücken im Vorsorgeplan. Im Einwohnerrat sind wir in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass diese Mitarbeitenden, die schon jahrelang den Karren ziehen, nicht zusätzlich belastet werden. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Personal zahlt sich aus. Wie Sie wissen, brauchen wir auch in Zukunft gutes Personal, das Allschwil auf Kurs hält. In einem System, das immer mehr auf Wachstum setzt, das immer mehr Waren und Dienstleistungen verkaufen möchte, ist es nicht schlau, wenn wir die Kaufkraft der potentiellen Kunden schmälern.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion bedanken uns für den ausführlichen und gut verständlichen Bericht. Wir sind der Ansicht, dass eine ausgewogene Lösung gefunden wurde. Wir werden einstimmig zustimmen. Wir begrüssen es, dass der Spielraum des Teuerungsausgleiches genutzt wurde. Später kann man immer wieder darauf zurückkommen. In der Pensionskasse haben wir nach wie vor einen Generationenvertrag zwischen jung und alt. Die heute Aktiven unterstützen massgeblich die Leute, die dieses Jahr in Rente gehen oder bereits gegangen sind, da man mit einem höheren Zins gerechnet hat. Der Umwandlungssatz hat zum letzten Mal dieses Jahr eine Anpassung, bis wir die 6,8% auf dem obligatorischen Bereich erreicht haben. Man hat den Arbeitnehmer/Arbeitgeberbeitrag nicht 50% zu 50% gewählt, sondern man ist auf 45% zu 55% gegangen. Uns würde interessieren, wie hoch der Betrag ist, den die Gemeinde zusätzlich an die Arbeitnehmenden bezahlt, indem sie 5% mehr an die Beiträge beisteuert.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion stimmen diesen Anträgen ebenfalls zu. Wir bedanken uns auch für diese Ausführungen.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage an die Gemeindepräsidentin und zwar bei der Ausrechnung der Zusatzgutschrift und der Abstufung. Ich habe ein kleines Rechnungsbeispiel gemacht. Wenn ich 45 Jahre alt bin und 15 Jahre bei der Gemeinde arbeite und dann ich die 15 Jahre mal 0,4 rechne, dann ergibt das 6 Jahre. 6 und 45 ergibt dann 51. Erhalte ich dann auch eine Zusatzgutschrift mit einer Abstufung von 9%? Und wie hoch wäre die Einstufung, wenn man die Zusatzgutschrift erst ab dem 55. Lebensjahr eingerechnet hätte?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Das ist eine kleine mathematische Aufgabe. Die erste Frage meine ich muss so sein, ich habe mir das auch so überlegt. Wenn es anders wäre, dann müsste ich zum Gemeindeverwalter schauen, vielleicht weiss er dazu mehr. Die andere rein mathematische Frage kann ich hier so nicht beantworten, das müsste man anschauen.

Dieter Pfister, Gemeindeverwalter: Auf Seite 4 der Vorlage, Paragraph 21 Absatz 1 Litera b, heisst es: Die Summe gebildet aus der Anzahl der vollendeten Lebens- und zwei Fünftel der vollendeten Dienstjahre der am Vortag vor Inkrafttreten dieses Dekrets ergibt mindestens 50. Das heisst, das ist am 31.12.2014, weil es am 1.1.2015 in Kraft tritt. Und dann gilt 50. Die zweite Frage, wenn ich die auch beantworten soll, dann kann ich das aus dem Stehgreif nicht. Die ganzen Berechnungen über die Ausfinanzierung der Differenz macht die BLPK. Wir machen diese Berechnungen nicht selber. Wir wissen aufgrund einer Liste, wie es die PK berechnet hat und wer einen Anspruch hat und wer nicht. Die Anzahl Jahre beim gleichen Arbeitgeber sind massgebend und nicht bei

der PK. Wenn ein Mitarbeiter, das ist ein Beispiel, bei der Gemeinde Oberwil vor einem Jahr zur Gemeinde Allschwil gewechselt hat, aber vorher 15 Jahre in Oberwil gearbeitet hat, dann wird ihm trotzdem nur 1 Jahr von Allschwil angerechnet. Es sind nicht die Beitragsjahre der Pensionskasse, sondern die Beitragsjahre des Arbeitgebers. Die zweite Frage kann ich so nicht beantworten, das müssten wir errechnen lassen.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Im Namen der Grünen/EVP-Fraktion bedanken wir uns auch für diesen Bericht und wir werden dem zustimmen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte die Frage von Rahel Balsiger noch beantworten. Wir haben vorgesehen, dass wir neu 55% Arbeitgeberbeitrag leisten. Die Frage war, wie es wäre, wenn wir nur 50% leisten würden. Wir müssten weniger bezahlen, wenn wir nur 50% leisten würden und der Arbeitnehmer müsste mehr bezahlen. Das wäre rund eine Differenz von CHF 86'000.

Roland Naef, parteilos: Wie kommt man darauf, dass die Gemeinde einen Beitrag von 55% bezahlen möchte und der Arbeitnehmer nur 45%? In diesen Firmen, wo ich drin bin oder mitgewirkt habe, ist es 50% zu 50%.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Die Lösung 50% 50% hätte es auch gegeben, es gab aber auch 40% 60%, das ist die jetzige. Wir haben uns dann für einen Mittelweg entschieden, nämlich die vom Kanton. Diese Lösung ist die ausgewogenste Lösung, sie sieht 45% und 55% vor. Es stand das Argument im Raum, dass wir effektiv eine gleichwertige Lösung wollten wie die Kantonsangestellten. Die Mitarbeitenden auf der Primarschule und die Musiklehrkräfte sind auch dem Kantonsmodell unterlegen. So gibt es keine Unterscheidung zwischen diesen Angestellten und den Mitarbeitenden auf der Verwaltung.

Jürg Vogt, Präsident: Wünscht der Rat eine Detailberatung des Berichts? Ansonsten kommen wir grad zu den Anträgen. Ich sehe Stillschweigen, somit kommen wir zu den Anträgen des Gemeinderates.

1. Der Einwohnerrat stimmt im Rahmen der Pensionskassenreform aufgrund des Wechsels vom Leistungs- zum Beitragsprimat per 1.1.2015 der Besitzstandsregelung gemäss dem Pensionskassendekrets (§§ 21 ff) für das öffentlich-rechtlich angestellte Verwaltungs- und Betriebspersonal zu und genehmigt den entsprechenden Betrag (Stand 31.12.2013: CHF 1'262'200).

:::

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Die im Zusammenhang mit der Reform und der Sanierung der BLPK stehenden Änderungen des Personal- und Besoldungsreglements vom 26. Mai 1999 werden genehmigt.

:::

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Ihnen Dank aussprechen im Namen der vor allem älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die von dieser Lücke betroffen sind und nun hier etwas zurückerhalten.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zur Schlussabstimmung.

:::

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 14.05.2014 und 17.09.2014, sowie der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente vom 10.09.2014, betreffend Einführung Parkraumbewirtschaftung, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4181 / A

Jürg Vogt, Präsident: Es geht um ein Reglement und das braucht zwei Lesungen. Heute haben wir die erste Lesung. Wir können heute Anträge entgegennehmen und darüber abstimmen zu Änderungen im Reglement. Die Schlussabstimmung und über die Anträge des Gemeinderates werden wir erst in der zweiten Lesung voraussichtlich in der Novembersitzung abstimmen.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Die Parkraumbewirtschaftung hat eine längere Geschichte hinter sich. Es war in meinem ersten Amtsjahr als Gemeinderat Ende 2008, als das Projekt gestartet wurde, nachdem vorweg der Einwohnerrat in früheren Jahren dieses Thema aufgegriffen hat. Dort wurde das Projekt vom Gemeinderat gestartet. Es wurde zwei Jahre später wieder gestoppt, weil mit einem Referendum die Parkraumbewirtschaftung Basel-Stadt gestoppt wurde. In der Zwischenzeit hatten wir die Erkenntnis, dass sich dieser massive Eingriff, nämlich dass etwas, was bisher gratis war, plötzlich kostenpflichtig wird, nur dann Sinn macht, wenn der Parkdruck weiter steigt. Zu diesem Zeitpunkt haben die Erhebungen der Gemeindepolizei gezeigt, dass es bei jedem Strassenzug noch freie Parkplätze hat. Es hat vielleicht jemanden geärgert, dass der freie Parkplatz nicht gerade vor der eigenen Haustüre ist, sondern 30 Meter weiter weg. Wer einen Parkplatz gesucht hat, der hat einen gefunden. Zu diesem Zeitpunkt war man sich bewusst, wenn Basel-Stadt eine Parkraumbewirtschaftung einführt und damit plötzlich die Pendler, welche bisher dort einen Parkplatz gefunden haben, in umliegenden Gemeinden suchen, so auch in Allschwil, dass es eng werden könnte. Als die Parkraumbewirtschaftung in Basel-Stadt wieder in Frage gestellt wurde, haben wir das Projekt gestoppt. Solange Basel keine Parkraumbewirtschaftung einführt, haben wir keinen Handlungsbedarf und entsprechend können wir uns die Kosten sparen. Basel-Stadt hat dann die Einführung der Parkraumbewirtschaftung beschlossen und entsprechend haben wir im 2011 dieses Projekt neu aufgenommen. Anfangs 2013 lag dies vor und der Gemeinderat hat sich entschieden für die weitere Feinjustierung eine Konsultativkommission einzusetzen, wo Sie eingeladen waren, pro Fraktion einen Vertreter zu stellen. Die meisten Fraktionen sind dieser Einladung gefolgt. Zudem haben wir die KMU-Vereinigung Allschwil/Schönenbuch eingeladen einen Vertreter zu schicken, auch sie haben das gemacht. Heute liegt ein fundiertes Konzept und ein Reglement fixfertig vor, sodass es uns möglich wäre, die Parkraumbewirtschaftung nächsten Sommer zu realisieren und zu starten. Der Umweg über die Konsultativkommission hat sich gelohnt. Wir haben ein gutes austariertes Gleichgewicht zwischen den Anliegen, die die Anwohnerschaft hat, welche für ihre eigenen Fahrzeuge und für ihre Besuchende eine Parkkarte brauchen, wie auch für die Anliegen der KMU in Allschwil, welche teilweise für Firmenfahrzeuge, welche auf dem Firmengelände keinen Platz mehr finden und für die Arbeitnehmenden, welche nach Allschwil arbeiten kommen, Parkplätze benötigen, sofern sie auf dem Firmengelände keinen Platz finden. Heute wissen wir, dass Basel-Stadt so weit ist, dass sie in Basel West die bisherigen unmarkierten Parkplätze und die weiss markierten Parkplätze im Sommer 2015 in blau ummarkieren werden. Dann wird der Parkdruck auf Allschwil zunehmen durch Pendler, welche auswärts dank der guten ÖV-Verbindungen in die Stadt gerne kostenfrei parkieren. Wer nimmt das Angebot an, einen freien Parkplatz in einer Tiefgarage zu mieten, wenn man gratis auf der Strasse parkieren kann. Die Situation wäre dann so, dass plötzlich den Leuten Parkplätze fehlen, welchen wir sie zur Verfügung stellen möchten, nämlich den Einwohnern von Allschwil, den Besuchern und den Kunden, die in Allschwil einkaufen oder einen Termin wahrnehmen möchten, den Firmen und den Arbeitnehmenden, die hier in Allschwil arbeiten. Für sie stellt sich heute im Rahmen der Eintretensdebatte die Frage: Soll das kostenfreie Parkieren in Allschwil aufgegeben werden, um zu verhindern, dass Fremde Parkplätze belegen und sie nachher nicht mehr uns Einwohnern, Arbeitnehmenden und Firmen zur Verfügung stehen. Diese Massnahme erkaufen wir uns, indem künftig für etwas bezahlt werden muss, was bisher gratis war. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Vorteile grösser sind als die Nachteile. Er empfiehlt Ihnen darum auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen zuzustimmen. Das vorliegende Reglement ist austariert, die Gebühren sind nur so hoch wie die Kosten, die dahinter stehen, um dieses System aufzubauen und zu betreiben. Damit tun wir die Gemeinderechnung, welche durch andere Projekte bereits arg gebeutelt ist, nicht weiter belasten. Bei den einzelnen Parkkarten begünstigen wir die Anwohner leicht beim Tarif gegenüber den anderen Parkkarten. Die Konsultativkommission und der Gemeinderat sind davon überzeugt, dass es ein gutes

austariertes Gleichgewicht ist und empfiehlt Ihnen dem Reglement so zuzustimmen in der vorliegenden Form.

Rahel Balsiger Sonjic, Präsidentin Reglementscommission: Ich hoffe, ich kann dem Wunsch, den Bericht nicht vorzulesen, sondern auf die wichtigsten Punkte einzugehen, folgen. Unserer Kommission für Gemeindeordnung und Reglemente hat man einen gut vorbereiteten Entwurf vorgelegt. Der Gemeinderat Thomas Pfaff und der Hauptabteilungsleiter Heinz Schäfer konnten schlüssig und nachvollziehbar zu unseren sämtlichen Fragen Antworten geben. Ich habe im Bericht die Artikel erwähnt, welche vermehrt zu Diskussionen geführt haben. Ich möchte auch klar sagen, dass wir schlussendlich auf Anträge verzichtet haben, wir haben uns mit dem Gemeinderat geeinigt. Wir haben Paragraph 1, den Zweck, genauer überprüft, ob wir ihn erweitern, anpassen oder stehenlassen, wie er ist. Wir haben einen Mittelweg gefunden, das liegt Ihnen heute vor. Zum Grundsatz der Parkkarte, Paragraph 3, haben wir die Änderung gewünscht, dass die Gemeinde ein elektronisches System einführen kann aber nicht muss, dies aus dem Kostengedanken heraus. Wir haben den Paragraphen 9, die Gebühren, länger diskutiert. Dort haben wir uns schlussendlich geeinigt, dass man die Mitarbeiter-Parkkarte in der Jahressumme erhöht, damit wir mehr Spielraum haben. Wir haben das Reglement in der Kommission einstimmig angenommen.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke der Präsidentin der Reglementscommission. Sie haben gehört, dass sie es eingehend beraten haben. Ich denke, dass wir einen guten Kompromiss vorliegen haben. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Detailberatung als Ganzes. Anschliessend kommt die Detailberatung des Reglements, wo eventuelle Anträge einfließen können.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Die Fraktion GLP/BDP-Fraktion ist mehrheitlich für diese Vorlage. Das Ziel dieser Parkraumbewirtschaftung ist in erster Linie aus der Sicht des Gemeinderates, dass man genug Parkplätze für die Einwohner, die Kunden, das Gewerbe etc. hat, und dass nicht zu viele Parkplätze belegt werden von Pendlern, die in die Stadt möchten und bei uns parkieren möchten. Das Ziel ist ehrenhaft, aber wir haben uns gefragt, ob es sich lohnt in der heutigen Situation, wo der Parkierdruck noch nicht so gross ist und wo wir noch nicht wissen, wie sich das konkret auswirken wird, wenn nächsten Sommer in der Stadt eine flächendeckende Bewirtschaftung mit blauer Zone eingeführt wird. Lohn es sich dafür diesen ganzen Aufwand zu betreiben und die ganze Bürokratie aufzusetzen, die man braucht. Wir sehen aber noch ein zweites Ziel der Parkraumbewirtschaftung, und zwar dass wir eine gewisse Lenkungswirkung auf den Pendlerverkehr erzielen kann, indem wir die Parkkarte, die abgegeben wird an die Personen, die nur arbeiten in Allschwil und nicht hier wohnen, einer Kontingentierung unterwerfen und dass diese nicht zu günstig abgegeben werden. Es ist ein bisschen der Eindruck entstanden, dass der Gemeinderat dieses Ziel nicht so hoch gewichtet. Die Kommission hat dann verschiedene Änderungsanträge gestellt, welche vom Gemeinderat teilweise übernommen wurden. Ein Punkt ist, dass die Reduktion des Pendlerverkehrs ein ausdrückliches Ziel ist im Zweckartikel. Man hat am Preis der Mitarbeiter-Parkkarte geschraubt. Ein bisschen unschön ist, dass die Kontingentierung, die der Gemeinderat vorgesehen hat mit einem System, nämlich dass pro Betrieb fünf Mitarbeiter-Parkkarten plus 10% der Arbeitsplätze berechtigt sein sollen, im Bericht steht, aber dies ist nicht im Reglement. Das möchte der Gemeinderat in eigener Kompetenz so oder vielleicht anders erlassen. Das finden wir unschön, dass dies nicht im Reglement steht. Insgesamt sind wir nicht 100% glücklich, aber mehrheitlich für diese Vorlage.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von der Grünen/EVP-Fraktion sehen den Sinn der Reglementierung, allerdings widerstrebt es uns zutiefst, etwas Neues zu reglementieren, wo wir uns nicht sicher sind, ob es wirklich nötig ist. Wir plädieren dafür, das Reglement anzunehmen, aber die Einführung um mindestens ein Jahr auszusetzen, um zu schauen, ob der Leidensdruck der Bevölkerung in Allschwil wirklich gegeben ist.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich hatte das Vergnügen bei dieser Konsultativkommission mitzuwirken. Ich habe an Gemeinderat Pfaff noch ein paar Fragen. Die Konsultativkommission war der gleichen Meinung, dass man die Parkraumbewirtschaftung momentan nicht einführen und abwarten soll. Diesen Hinweis habe ich hier drin nicht gefunden, dass die Konsultativkommission diese Empfehlung abgegeben hat. Ich finde dies ausschlaggebend und wichtig. Ich habe mich auch gefragt, weshalb die Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente das Reglement und den Bericht anschaut. Es leuchtet mir zu einem Stück ein. Ich habe aber auch das Gefühl, dass diese Kommission inhaltliche Sachen diskutiert,

welche viel mehr in eine VPK gehören würde. Wo ist hier die Trennlinie, wer was anschauen soll? Der Einwohnerratspräsident hat vorhin gesagt, dass man jetzt Anträge bringen kann. Gemeinderat Pfaff hat vorhin gesagt, man kann jetzt auch zuhören und dann noch Anträge einreichen bis zur nächsten Sitzung. Was stimmt jetzt?

Jürg Vogt, Präsident: Ob ein Geschäft an eine Kommission überwiesen wird, ist Sache des Büros. Es ist sicher richtig, dass es hier Überschneidungen geben kann bei zwei Kommissionen. Da es um ein Reglement geht, war es klar. Dass dort dann noch weitergehend diskutiert wird, ist im Sinne der Sache.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Die erste Fragestellung bezüglich VPK und Tätigkeitsbereich der Reglementscommission liegt beim Einwohnerrat intern, diese Frage hat der Präsident des Einwohnerrates beantwortet. Als Gemeinderat nehme ich dazu keine Stellung. Betreffend Konsultativkommission: Ja, dort wurde auch diskutiert, ob man zuwarten soll. Spontan weiss ich nicht mehr, ob es eine Mehrheit war oder nicht, ich schaue zu Heinz Schäfer. Ich erhalte dort ein Nicken. Die Konsultativkommission hat in einer Mehrheit sich dafür ausgesprochen das Reglement zu beschliessen, aber den Gemeinderat zu beauftragen zuzuwarten, bis der Parkdruck genug hoch ist. Der Gemeinderat ist der Meinung mit den Erfahrungen in den anderen Gemeinden und auch was in Basel passiert, die Verlagerung vom einen ins andere Quartier, dass es absehbar ist, dass diese Welle kommt, wenn wir nichts machen. Aus diesem Grund sieht der Gemeinderat von einem Abwarten ab und beantragt Ihnen, dass wir dieses Reglement beschliessen und dass der Gemeinderat dies sofort in Kraft setzt und umsetzt. Die Umsetzungsdauer dauert noch ein dreiviertel Jahr, sodass wir im Spätsommer parat sind. Die Frage betreffend den Anträgen. Selbstverständlich können laut Reglement des Einwohnerrates Anträge auch in der zweiten Lesung gestellt werden. Für die Diskussion und das Verarbeiten bis zur zweiten Lesung wäre es wünschenswert, wenn Änderungsanträge heute bereits ausgesprochen werden, damit eine Diskussion stattfinden kann. So hat man noch Zeit, dies 30 Tage zu überschlafen und die Reglementscommission kann es nochmals aufnehmen in einer Beraten. So können wir in der zweiten Lesung auf fundierte Abklärungen schliessen. Ich lade alle dazu ein, Änderungsanträge, auch wenn sie noch nicht ausformuliert sind, heute bereits anzusprechen.

Roland Naef, parteilos: Ich finde es gut, es ist Zeit, dass ein Reglement kommt. Mich stört, dass nur ein Teil von Allschwil eine Parkraumbewirtschaftung hat. Der untere Teil von Allschwil und alles, was an die Stadt Basel angrenzt, soll für den öffentlichen Raum, wenn sie ein Auto haben, bezahlen. Das Dorf selber, Rosenberg etc., bleibt davon verschont. Wenn wir jetzt etwas machen, dann muss es flächendeckend für ganz Allschwil sein. Das wäre jetzt eine Antragsformulierung, welche noch nicht im Detail ausformuliert ist. Entweder machen wir es flächendeckend oder gar nicht.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich fange kurz hinten an bei den Anträgen. Es ist total sinnvoll, wenn Anträge heute eingegeben werden. Dann haben Sie alle Fraktionen zur Vorbereitung auf die nächste Lesung. Die Kommission kann probieren aus den diversen Anträgen einen sinnvollen Text zu machen, um Ihnen zur Diskussion vorzulegen. Kurzfristige Anträge sind wie Wasser in den Bachgraben schmeissen. Der Druck ist jetzt bereits in gewissen Quartieren sehr gross. Die Frage ist immer, wo man wohnt. Ich finde es sehr unglücklich zu sagen, dass man wartet, bis der Druck zu einem Leidensdruck wird. Wenn die Anwohner noch lauter schreien, sodass wir es hier wirklich hören, dann ist es unangenehm. Roland hat gefragt, weshalb nicht in ganz Allschwil. Das haben wir auch diskutiert. Wieso macht man das nur Flach-Allschwil? Es macht Sinn, dort, wo der ÖV ist, wird manchmal gewechselt und das Auto stengelassen. Das Gewerbe in der ganzen Region, nicht nur in Allschwil, hat nicht für jede tätige Person einen Platz für ein Vierrad-Gefährt. Es gibt Varianten, nämlich ein Zweirad mit oder ohne Motor, ÖV oder Fahrgemeinschaften. Fahrgemeinschaften machen Sinn, aber es ist nicht toll, wenn drei Fahrzeuge vor mein Haus fahren, zwei bleiben stehen, und eines fährt weiter. Wieso nicht beim Rosenberg oben oder in einem anderen Gebiet? Es geht ja niemand beim Rosenberg parkieren, wenn er am Lindenplatz zum Zahnarzt möchte. Das Ziegelei-Areal ist praktisch schon ein Feriendorf, das ist praktisch autofrei. Dort, wo der Druck entstehen könnte, ist es klar. Wenn wir ganz Allschwil blau machen möchten, dann könnte man an der Schönenbuchstrasse oder am Judengässli eine Event-Beiz mit 200 Plätzen machen. In drei Tagen ist dann alles blau, auch dort hinten. Sind wir doch froh, dass es dort nicht nötig ist.

Wohin mit den Fahrzeugen? Nicht nur Leute von auswärts, parkieren hier. Viele von uns gehen weg zur Arbeit. Ich kenne Leute, die arbeiten in Hobel oder in Biel-Benken. Kaum ist man weg, hat ein anderer das Auto hingestellt. Der Schnellste ist der Geschwindeste. Das möchten wir nicht, das hat Matthias klar gesagt. Wir möchten diesen Verkehr ein bisschen weghaben. Eine andere Frage ist aufgetaucht: Wieso

müssen alle, wenn sie nicht in der blauen Gegend wohnen, eine Parkkarte haben? Wieso muss ich vom Wirzgartenweg, ich fahre zum Kinderarzt am Steinbühlweg, eine Karte haben? Vom Forellenweg fahre ich zur Tante an den Baselmattweg, und ich brauche eine Parkkarte. Wir haben privilegierte Strassen in Allschwil mit Zubringerdienst, Pappelstrasse, Sternenweg. Alle Nutzer des öffentlichen Bodens sollen in diesem jetzt bereits ziemlich stark belasteten Gebiet gleich behandelt werden. Wer diesen Boden braucht, der soll zu einer Parkkarte kommen. Der Druck nimmt zu. Thomas hat es gesagt wegen Basel West. In Basel wurde sehr schnell von einem Quartier ins andere verlagert. Ein Boden, eine Nutzung und ein Vorgehen. Die SP-Fraktion steht hinter der Vorlage des Gemeinderates und der Arbeit der Kommission. Wir unterstützen den Lösungsansatz von Paragraph 6 von der Kommission.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe darauf aufmerksam zu machen bezüglich der ganzen Parkraumbewirtschaftung. Da wo man es einführen möchte, gibt es Wege mit Zubringerdienst. Ich möchte Ihnen aus zuverlässiger Quelle von einem Informant etwas weitergeben, was vom Bundesrat an die Stadt Basel gerügt wurde. Und zwar darf keine Parkraumbewirtschaftung mit Parkkarten eingeführt werden und gleichzeitig Zubringerdienst stehen. Das müsste man zwingend abschaffen, weil sonst wird es den einen oder anderen Kläger geben. Das kommt teuer und die Gemeinde hat kein Geld. Bitte setzt das umgehend so um und nehmt das mit in die Vorlage. Es ist kein Jux, sondern das ist so. Der Bundesrat hat die Stadt Basel gerügt, sie mussten alles aufheben. Ihr könnt schauen, es gibt keine Zubringerdienste mehr in der Stadt Basel. Ich empfehle Ihnen alleine wegen dem Geld – das mache ich übrigens nicht schriftlich, man kann das nachlesen, wir haben genügend Juristen, die wissen wo – dies so umzusetzen, sonst wird es teuer.

Ich habe noch ein paar persönliche Sachen, ich als Herr Simon Zimmermann. Ich muss es so sagen, weil die Fraktion unter Umständen nicht dahinter steht. Ich habe die eine oder andere Diskussion in den letzten vergangenen Wochen geführt bezüglich der Parkraumbewirtschaftung. Es ist klar, dass wenn man an einem Ort anfängt, dann wird der auswärtige Parkierer, wenn er sieht, dass man im unteren Teil von Allschwil bezahlen muss, automatisch weiter nach oben gehen. Das hat man auch in der Stadt Basel gesehen. Da wir einen ÖV-Anschluss haben mit dem Bus am Rosenberg, wird es auch dort oben ausschlagen. Es sind nicht diejenigen, die für eine halbe Stunde zum Zahnarzt gehen, sondern die stellen das Auto den ganzen Tag ab und möchten in die Stadt. Sie können dann mit dem Bus 38 schneller an die Schiffflände fahren als mit dem Tram6, und dann ist der Rosenberg plötzlich auch betroffen. Ich mache Ihnen beliebt, die Sache flächendeckend einzuführen. Ich bin nicht ganz damit einverstanden, dass man ein Reglement macht mit Spezialausnahmen und Spezialbevorzugungen. Ich bin der Meinung, dass wir eines machen, wir sollten für die Bürger der Gemeinde Allschwil die Parkkarte gratis abgeben. Und die anderen bezahlen alle einen Jahresbeitrag, ich sage jetzt mal pauschal im Monat CHF 40 und im Jahr CHF 350, und dies kontingentiert. Die anderen sollen schauen, es gibt einen ÖV für diejenigen, die tagsüber arbeiten. Es gibt ein Velo oder ein Moped, damit kann man auch fahren. Ich weiss nicht, weshalb man gewisse Firmen bevorzugen möchte und wir ein Reglement machen mit 100 Auslegungsformen, anstatt es kurz, bündig und einfach zu machen. Bezahlen oder nicht bezahlen, und alle, die bezahlen, sind gleich gesetzt.

Jeder Hauseigentümer, welcher nicht auf dem eigenen Areal einen Parkplatz baut, wie man muss, der muss sich auf Allmend einkaufen. Der bezahlt dies bereits und der Parkplatz ist bereits subventioniert. Die Steuerzahler bezahlen Steuern und finanzieren dies auch bereits. Man wird doppelt und dreifach gemolken. Es kann nicht sein, dass die Bürger aus Allschwil wieder ins Portemonnaie greifen müssen. Der Parkplatz ist am Schluss sechsmal subventioniert und die Gemeinde macht Geld damit. Die Auswärtigen sollen bezahlen und die internen Leute haben es gratis, das machen andere Gemeinden auch so. Man muss dann nicht sagen, dass es Geld kostet. Man soll es bei denen holen, die das Auto den ganzen Tag hinstellen und in die Stadt gehen. Dann darf es auch CHF 1200 pro Jahr kosten, das ist mir dann egal. Ich habe mit Fachleuten aus Basel gesprochen und das hat mich stutzig gemacht. Wenn man mit 50 Stellenprozent bei der Polizei nachschauen möchte, wer bezahlt hat und Bussen verteilt, dann ist das eine Illusion. Die Stadt Basel hat nahezu 30 Personen mehr eingestellt, weil sie das haben. Ihr müsst nicht sagen, dass in Allschwil 50% reichen, übrigens haben wir noch eine Person zu wenig bei der Gemeindepolizei. Wenn es denn wirklich so ist, dass die Leute hier parkieren kommen, dann sind wir am Schluss gezwungen in ganz Allschwil blaue Zonen zu machen. Dann braucht es plötzlich drei oder vier Personen. Kontrolle ist wichtig, wenn man das einführt, und zwar rigoros. Man muss aufschreiben und bezahlen lassen. Da muss täglich einer unterwegs sein und Zettel verteilen, ansonsten funktioniert dies nicht so, wie wir uns das vorstellen. Es wird dann weiterhin wild parkiert, und wir haben halt nur 50 Stellenprozent bewilligt und können nicht mehr machen. Das müssen wir auch zuerst schaffen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich bin im Gegensatz zu meinem Vorredner im Grundsatz für die Parkraumbewirtschaftung und für Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Raum. Ich kann die vorliegende Vorlage so nicht unterstützen, allerdings aus ganz anderen Gründen als mein Vorredner. Ich

finde die Vorlage zu bürokratisch und zu planwirtschaftlich. Wir werden eine 50%-Stelle schaffen, die vor allem damit beschäftigt sein wird, einen Bedürfnisnachweis für die Mitarbeitenden und die Unternehmen zu kontrollieren. Das finde ich eine unnötige Bürokratie. Stattdessen fände ich es besser, wenn man die Mitarbeiter- und Unternehmensparkkarte ohne Beschränkung und ohne Überprüfung zu einem Marktpreis abgeben würde, das käme viel günstiger. Man könnte sich den ganzen Kontroll- und Bewilligungsaufwand sparen. Ich finde es schade, dass man die Gebühren nur zur Kostendeckung verwenden soll. Ich befürchte, dass wir zu wenig Lenkungswirkung haben. Ich frage mich, weshalb man nur einen Teil von Allschwil da reinnehmen möchte. Ich sehe auch die Gefahr, dass der Parkierdruck auf Gebiete in Allschwil ohne Parkkarte stark zunehmen wird, vor allem im Dorf und beim Grabenring.

Markus Gruber, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion unterstützt mehrheitlich die Einführung eines Parkraumkonzepts. Wir sind allerdings auch nicht begeistert, dass man wieder ein neues Reglement einführen. Speziell stört uns wie auch meine Vorredner bereits erwähnt haben, dass die Einwohner neu für etwas bezahlen müssen, was vorher kostenfrei war, ohne dass es einen zusätzliche Mehrwert gibt. Weil Basel und die umliegenden Gemeinden dies bereits haben, werden wir vermutlich nicht darum herkommen, dies auch einzuführen. Wir sind aber dagegen, dass dies sofort umgesetzt wird. Wir möchten, dass es erst umgesetzt wird, wenn sich der Parkdruck erhöht und eine Notwendigkeit besteht.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage zur blauen Zone. Ist mein Verständnis richtig, wenn wir blaue Zonen einführen, dass man keinen Spielraum hat, wie lange die Mindestparkdauer ist? Das ist dann einfach fix eine Stunde oder kann man sagen, dass man in Allschwil drei Stunden am Stück parkieren darf?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Ich kläre alle Fragen und fange mit der einfachsten an. Christoph Ruckstuhl fragt, ob die blaue Zone eine Stunde dauert plus die halbe Stunde zum Aufrunden, oder könnte man es länger machen. Blaue Zone ist immer eine Stunde plus die halbe Stunde zum Aufrunden. Das ist so definiert. Es gibt eine andere Variante, Sie kennen das vielleicht vom Parkplatz beim Gartenbad Bachgraben, dort sind es drei oder sechs Stunden. Dort ist es angeschrieben mit einer Tafel, dass man länger parkieren darf, dann müssen die Parkplätze weiss markiert sein. Weiss markiert, heisst unbeschränkt, und wenn eine Tafel da steht, dann kann dort eine Zeitdauer angegeben sein, diese ist beliebig wählbar. Wir haben es beim Bachgraben, aber es wird schwierig weitere Beispiele aufzuzählen. Es ist nicht üblich in unserer Region. Wir haben es in der Konsultativkommission diskutiert und wir sind zur Erkenntnis gekommen, dass es ein bisschen für Verwirrung sorgen könnte. Der Durchschnittsautofahrer sieht einen weissen Parkplatz und denkt, dass er da den ganzen Tag stehen kann, und dann ist er verwundert, wenn er plötzlich einen Zettel an der Windschutzscheibe hat. Wir möchten daher davon absehen, weiss beschränkt zu machen, sondern blaue Parkplätze machen, im Wissen, dass es eine Stunde ist. Wenn man mehr Zeit braucht, dann löst man eine Halbtageskarte oder eine Tageskarte. Alle mit einer Parkkarte können beliebig lange parkieren. Der Einwohnerrat Jérôme Mollat sagt, dass die 50%-Stelle mit der Bürokratie beschäftigt ist, um abzuklären, welche Firma welchen Anspruch hat. Diese Meinung teilen wir nicht. Die 50%-Stelle wird mehrheitlich unterwegs sein auf Kontrollpatrouille und die Einhaltung überprüfen. Das wird die hauptsächliche Aufgabe sein und das andere wird eine nebensächliche Aufgabe sein.

Simon Zimmermann hat die Befürchtung, dass der Rosenberg überschwemmt wird. Das wird er nicht, weil dort Fahrverbot mit Zubringer-Anwohnerschaft ist. Genau dort, wo Herr Zimmermann sagt, dass man keine blauen Zonen einrichten darf, soll auch keine sein. Dort wird sich der Parkraumdruck nicht ausweiten, weil dort dies bereits abgeriegelt ist. Herr Zimmermann weist darauf hin, dass es einen Entscheid gibt gegen Basel-Stadt, dass in einem Gebiet mit Zubringer keine Parkraumbewirtschaftung möglich ist. Wir nehmen diesen Hinweis dankend entgegen und werden es abklären. Die kantonale Vorprüfung hat bereits stattgefunden und dort ist dies nicht aufgefallen. Zur Sicherheit gehen wir dem nochmals nach, besten Dank für den Hinweis. Herr Zimmermann hat Zweifel daran, dass eine 50%-Stelle reicht. Er empfiehlt, dass man dies deutlich mehr aufstockt. Die Erfahrung wird zeigen, wie viele Stellenprozente wir brauchen. Wir haben das nicht einfach aus dem Finger gezogen, sondern wir haben uns bei den Gemeinden informiert, welche bereits eine Parkraumbewirtschaftung haben. So sind wir auf diese Grösse gekommen. Wir denken, dass es der richtige Startwert ist, um damit anzufangen. Sollten wir in fünf Jahren schlauer sein, dann können wir es ja anpassen. Wenn wir die Stellenprozente heraufsetzen, dann müssen wir auch auf der Gebühreseite schauen. Das Ziel ist kostendeckend zu sein, damit die Rechnung Allschwil deswegen nicht belasten wird.

Für die Anwohner gratis und für die anderen mehr verlangen, das ist ein Ansatz. Der Gemeinderat empfiehlt es Ihnen so, wie vorgelegt. Herr Zimmermann und Herr Naef fragen, weshalb nur in diesem Teilgebiet und nicht flächendeckend. Dies aus der Überlegung, dass wir dort den Eingriff machen in die

Freiheit, wo es auch notwendig ist. Niemand geht beim Rosenberg einen Parkplatz suchen, fährt dann mit dem Bus ins Dorf und nimmt dann das Tram, oder fährt den Schlenker mit dem Bus. Wir erwarten dort keinen Parkdruck. Das Gebiet ist nicht in den Stein gemeisselt. Wie jeder Passus im Reglement, kann dies in 5, 10 oder 15 Jahren geändert werden. Wir haben uns fachlich beraten lassen durch einen Verkehrsplaner, der bereits andere Parkraumbewirtschaftungen in der Region begleitet hat. Wir stützen uns auf seine fachliche Meinung und sind der Meinung, dass diese Gebiet das richtige ist. Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantwortet. Mein Gemeinderatskollege Morat sagt, dass es die Frage gab, weshalb es überhaupt ein Reglement braucht. Ein Reglement braucht es dann, wenn ich einem Bürger das Geld aus dem Sack ziehen möchte, dann braucht es eine gesetzliche Grundlage. Ich habe es in der Einführungsdebatte gesagt, es geht um die Frage, ob wir unsere Parkplätze schützen möchten. Das kostet uns Geld. Herr Zimmermann hat gesagt, dass die Parkplätze bereits doppelt und dreifach bezahlt sind. Klar, der ganze Strassenbau wird durch Steuergelder finanziert. Die Abgaben, die jene Hauseigentümer bezahlen, wenn sie die vom Gesetz geforderten Parkplätze nicht auf eigenem Grundstück abbilden, laufen in einen Fonds und sind nicht da zur Finanzierung von Parkplätzen auf Allmend, sondern zur Finanzierung von zusätzlichen Parkplätzen. In diesem Fonds ist jetzt schon ein bisschen Geld, aber noch viel zu wenig, als dass wir wirklich etwas damit umsetzen könnten.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich habe Verständnis für die persönlichen Haltungen von allen. Ich sage es jetzt nochmals, auch wenn ich hier unten sitze, vor allem hast du Florian Spiegel den Auslöser gegeben betreffend dem Rollenverständnis. Wir haben ein Geschäft überwiesen an den Gemeinderat, wir haben eine Verwaltung, wo wir heute Abend gesagt haben, dass wir froh sind, dass sie da sind. Wir haben ein Geschäft behandelt, wo wir sie unterstützt haben. Es sind externe Experten, die zusammen mit der Verwaltung und dem Gemeinderat etwas ausgearbeitet haben. Es wurde eine Konsultativkommission eingesetzt. Es gab eine kantonale Vorprüfung. Die Reglementscommission hat es auch geprüft. Die VPK soll vielleicht auch noch ein Auge darauf werfen. Und dann fangen wir wieder von vorne an. Entschuldigung, da kommt der Privatbeitrag von Simon Zimmermann, der auch noch seine Expertenmeinung kundtut. Wir sind hier in einem Geschäft, das wir beschliessen müssen und nicht darüber urteilen, ob wir überhaupt dieses Geschäft beraten möchten. Machen wir doch eine Vollversammlung auf dem Dorfplatz, verteilen wir gelbe Karten und fragen bei jedem Geschäft, ob man dabei sein möchte oder nicht. Haben wir denn kein Vertrauen mehr in die Instrumente, die wir haben? Der Gemeinderat hat einen Auftrag, die Kommission macht etwas, wir haben einen Bericht und Experten. Wir haben eine individuelle Befindlichkeitsdemokratie. Es gibt nur noch Einzelexperten, es gibt keine Solidarität mehr und wir werden uns auf Details zurückstufen und uns fertigmachen. Im Jahr 2003 hat Jürg Gass das Geschäft 3436 zu diesem Thema eingereicht. Es ist jetzt über 10 Jahre hier und wir fangen wieder von vorne an. Seid doch ein bisschen verständnisvoller, und entscheidet ja oder nein, und nicht nochmals jedes Detail hinterfragen. Viel besser kann man es nicht mehr machen. Ich habe nichts dagegen, wenn jemand etwas fragt. Aber so, wie wir es hier behandeln, dauert es Stunden für ein Geschäft.

Jürg Vogt, Präsident: Ich danke Herrn Bammatter für seine Worte. Es entspricht dem, was ich auch gerne sagen würde. Wir sind immer noch in der allgemeinen Detailberatung zum Reglement. Dort wäre es vorgesehen, wenn Sie Anträge haben, dass sie jetzt schriftlich formuliert werden, damit wir zügig vorwärts kommen. Herr Zimmermann hat vorbildlich einen schriftlichen Antrag eingereicht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man dies nicht flächendeckend einführen soll. Wir sehen das gleich wie der Gemeinderat und die Konsultativkommission. Wir unterstützen, was unsere Vorredner teilweise bereits gesagt haben, zum Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente, wo es um Paragraph 6 geht, um die Mitarbeiter-Parkkarte. Wir sind dort der Meinung, dass man eine stärker kontingentierte Regelung einführen soll. Dort wird der meiste unnötige Verkehr produziert. Leute, die alleine in einem Auto zu einer Arbeitsstelle fahren, das Auto morgens um 08.00 Uhr hinstellen, sich den ganzen Tag im Unternehmen aufhalten, und abends um 17.00 Uhr nach Hause fahren. Man muss klar bei der Mitarbeiterparkkarte eine strengere Kontingentierung einführen. Da lässt sich eine Lenkung erzielen. Wie Jürg Vogt vorhin angetönt hat, die SVP-Fraktion hat einen Änderungsantrag eingereicht. Diesen kann ich gerne per Mail ans Büro schicken, damit sie das weiterleiten können an alle. Dort geht es darum, dass wir möchten, dass der Steuerzahler, der im bewirtschafteten Gebiet wohnt, derjenige, der steuerpflichtig ist, keine Gebühren bezahlen muss für die Parkkarte. Wenn jemand ausserhalb der bewirtschafteten Zone in Allschwil wohnt und trotzdem eine Parkkarte kaufen möchte, dann sind wir der Meinung, dass dies Luxus ist und dann soll er die CHF 40 bezahlen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Thomas Pfaff, ich darf dich darauf hinweisen, dass du gerne bei der Mobilität Basel-Stadt nachfragen kannst, die werden dementsprechend Auskunft geben. Es ist so, es ist kein Witz. Dass der Kanton dies bei der Vorprüfung nicht berücksichtigt hat, dafür kann ich nichts. Es hat nichts mit Einzel-Expertenmeinungen zu tun. Ich wurde hier gewählt, um die Meinung der Bevölkerung zu vertreten. Wenn mir die Leute die Sachen mitgeben, dann äussere ich sie gerne hier drin. Man muss nicht mit so Sachen kommen, das erstaunt mich. Das ist ein Parlament, dieses Wort kommt von schwatzen, und nicht von Maulkörben verteilen. Bitte lasst die Leute reden, und zwar alle, so viel sie möchten und so ausführlich sie möchten. Die blaue Zone ist eine einschneidende Sache für die Gemeinde Allschwil, die Leute schröpfen, wie das vorhin gesagt wurde. Man darf darüber diskutieren. Es gibt Sachen, die noch nicht berücksichtigt wurden aus Unwissen. Das ist nicht schlimm, man kann das hier sagen und nachprüfen, dann ist die Sache gegessen. Es geht nicht um Einzel-Expertenmeinungen. Das sind Leute, die zu mir kamen und gesagt haben, dass man noch dies und jenes soll.

Jürg Vogt, Präsident: Danke Herr Zimmermann, können Sie sich bitte kurz fassen?

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Sind wir in einem Parlament oder sollen wir eine Diktatur in Allschwil aufmachen? Ich möchte gerne ausreden, Sie müssen mich nicht unterbrechen. Die Hauseigentümer müssen das bezahlen für den Parkplatz. In welchen Fonds es geht, spielt ja keine Rolle. Sie müssen es bezahlen, damit das, was sie zu wenig gemacht haben, auf der Allmend erstellt wird. Es ist nicht gewährleistet, dass er diesen Parkplatz haben kann, sondern er wurde gebaut, weil er zu wenig bei sich hatte. Der Parkplatz ist aber meistens besetzt und er kann ihn nicht nutzen. Es kommt genug Geld rein für diese Parkplätze.

Roland Naef, parteilos: Parkraumbewirtschaftung heisst bei mir etwas bewirtschaften, das mit parkieren zu tun hat. Das muss für mich flächendeckend sein und nicht gewisse Quartiere oder den Dorfkern bevorzugen oder privilegieren. Ich bin mit diesen belehrenden Worten meines Schwagers nicht ganz einverstanden, lieber Andi. Ich habe das Gefühl, dass wir vor allem hier drin über solche Sachen diskutieren sollten. Wenn ich mit gewissen Sachen nicht einverstanden bin, von mir aus können 20 Personen vor mir damit einverstanden sein, dann möchte ich das hier drin kundtun. Darum gibt es die Diskussionen. Wir haben schon über schwachsinnigere Sachen mehr Stunden diskutiert. Paragraph 4 bei den Parkkarten, das müsste man vermutlich noch ein bisschen präzisieren. Es heisst dort: Jeder Einwohner oder jede Einwohnerin von Allschwil kann eine Parkkarte lösen. Ist die Parkkarte auf die Autonummer bezogen, ist sie auf den Einwohner bezogen oder was mache ich mit mehreren Autos, die ich eingelöst habe? Ich glaube, dort könnte man die Basler Variante übernehmen, die Parkkarte gilt immer für die Autonummer. Das müsste man hier etwas präziser darstellen.

Jürg Vogt, Präsident: Möchten Sie einen schriftlichen Antrag machen zu Paragraph 4 in der Detailberatung? Das wäre fast zwingend.

Mario Elser, EVP/Grüne-Fraktion: Ich möchte mich für die super Unterlagen bedanken, die wir erhalten haben. Obwohl Experten daran gearbeitet haben, ist es legitim, dass wir darüber diskutieren und unsere Meinungen kundtun. Das ist die Sache des Parlaments. Man soll sich aber kurz fassen und das werde ich tun. Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass bei einer Neumarkierung schätzungsweise 10% bis 15% weniger Parkplätze nachher übrig bleiben? Das ist wirklich so, das hat man in Basel-Stadt beobachtet. Davon sind vor allem Quartierstrassen betroffen. Parkplätze fallen weg bei Einfahrten, dort kann man keinen blau markierten Parkplatz machen. So fallen viele Parkplätze weg, das muss man berücksichtigen. Ich bin gegen eine Ungleichbehandlung von den Allschwiler Einwohnern, die einen müssen bezahlen und die anderen nicht. Das liegt nicht nur daran, dass ich in der blauen Zone wohne, mir ist es egal CHF 50 oder CHF 100 pro Jahr zu bezahlen. Aber ich finde es nicht richtig, es sollen alle bezahlen, auch die vom Rosenberg. Dann haben wir genug Geld für die Parkraumbewirtschaftung. Wenn man es in einem Jahr dann einführt, diesen Antrag stellt unsere Fraktion, dann flächendeckend. Ich bin auch dagegen, es gibt mehr Bürokratie. Die Kostendeckung wurde erwähnt. Es sind jetzt CHF 50, nächstes Jahr ist es CHF 100 und in zehn Jahren sind es CHF 500 pro Einwohner. Das sind neue Steuern, die man einholt, deswegen bin ich dagegen.

Simon Maurer, SP-Fraktion: Wir haben immer wieder gehört, dass man das flächendeckend einführen soll. Wir haben auch von Thomas Pfaff gehört, dass der Rosenberg bereits nur für Zubringerdienst ist. Dort, wo ich wohne, in den Herrengärten und Ochsgärten, ist dies auch der Fall. Ich möchte dem Gemeinderat nahelegen für die zweite Lesung eine Karte aufzulegen, die zeigt, was am Schluss überhaupt noch übrig ist, was nicht unter Parkraumbewirtschaftung und nicht unter Zubringerdienst fällt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Nur kurz zur Klärung. Alle Einwohner sollen oder es sollen nicht alle Einwohner. Paragraph 4 sagt klar, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil so eine Karte kaufen sollen, wenn sie das Auto in dem blauen Gebiet abstellen. Wenn ich vom Rosenberg zum Zahnarzt gehe am Lindenplatz, dann muss ich dort das Auto parkieren. Dort gebe ich dann den Obolus ab. Jede Person wird gleichbehandelt, die in diesem blau markierten Gebiet, den Raum benutzt. Bitte gebt eure Anträge wenn möglich heute Abend ab. Dann kann sie Jürg den Fraktionen und der Kommission überweisen. Anträge bitte heute Abend abgeben.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Simon Maurer möchte gerne wissen, wo Fahrverbote sind. Da verweise ich auf Anhang 2, dort sind alle aufgelistet. Ich glaube das beantwortet diese Frage. Herr Mario Elser sagt, dass der Gebührenanstieg explosionsartig sein wird. Wir werden in wenigen Jahren CHF 500 bezahlen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir das Ganze kostenneutral machen, dann möchten wir nur so viele Gebühren einnehmen, wie Kosten entstehen, und dann wird dies nicht der Fall sein. Roland Naef sagt, dass man in Paragraph 4 etwas nachregeln muss. Dort steht: „für jeden leichten Motorwagen“. Wenn man drei Fahrzeuge besitzt und sich diesen Luxus gönnt, dann darf man sich auch den Luxus von drei Parkkarten gönnen, das ist bereits möglich. Ich glaube, dort braucht es keine Nachregelung. Simon Zimmermann, ich habe bereits danke gesagt für diesen Hinweis, wir gehen dem nach. Es bleibt dabei, dass die Gelder aus dem Parkplatz-Fonds nicht eingesetzt werden dürfen für die Parkplätze am Strassenrand. Die Gemeinde ist beauftragt, zusätzliche Parkplätze abseits der Strasse zu generieren. Die Gebühren sind minimal, zurzeit rund CHF 6000, welche man bezahlen muss pro fehlendem Parkplatz. Sie können sich vorstellen, was bei einem Parkhausbau ein einzelner Parkplatz kostet. In diesen Fonds müssen noch viele Gelder fließen, bis man etwas realisieren könnte. So ist die gesetzliche Grundlage. Florian Spiegel fordert eine strengere Kontingentierung für Arbeitnehmer. Wir schreiben uns immer Wirtschaftsförderung auf die Fahne. Attraktive Standortbedingungen für Firmen würden anders aussehen. Ich möchte Ihnen dringend davon abraten, die Kontingentierung zu verschärfen. Damit sind wir kein attraktiver Standort für neue Firmen.

Jürg Vogt, Präsident: Die allgemeine Beratung ist abgeschlossen.

PAUSE

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen zuerst zum Info-Fenster des Gemeinderates, anschliessend zum dringlichen Postulat.

INFO-FENSTER

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe zwei kurze Informationen, die erste betrifft den Empfehlungsversand für Wahl- und Abstimmungsunterlagen. Der Gemeinderat hat beschlossen darauf zu verzichten in Zukunft im Rahmen der generellen Leistungsüberprüfung, das wurde hier drin auch diskutiert. Jetzt kam der Antrag, ob wir die Organisation weiter übernehmen könnten, im Zusammenhang vor allem mit den Wahlen am 8. Februar 2015. Für die Fakturierung würden wir es so organisieren, dass nur noch eine Rechnungsadresse aufgeführt wird, respektive eine Ansprechperson, nämlich die FDP Allschwil/Schönenbuch. Sie würde dann in Eigenregie die Kosten aufsplitten an die übrigen Beteiligten und dies so verteilen. Der Gemeinderat hat dies bewilligt und die Kosten aufgelistet, die entstehen werden. Sie haben das Papier alle erhalten und können sich näher darüber informieren.

Die zweite Information betrifft die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Am 20. August 2014 hatten wir eine ausserordentliche Einwohnerratssitzung. Ein Teil von Ihnen war dort anwesend und durfte viel Neues erfahren zu diesem Thema. Es gab neue Erkenntnisse für den Gemeinderat, welche wir bis dahin noch nicht beachtet haben. Dies hat dazu geführt, dass wir im Gemeinderat nochmals intensiv über dieses Thema beraten und auseinandergesetzt haben. Jetzt ist vorgesehen, dass Sie für die Dezembersitzung, welche eine zweitägige Sitzung ist, einen Bericht erhalten werden, wo wir Ihnen aufzeigen, wie wir uns das weitere Vorgehen im Hinblick auf die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vorstellen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Im September hat uns die Regierung von Baselland mitgeteilt, dass die Erneuerung und Umgestaltung der Baslerstrasse ins Jahr 2019 verschoben wird. Der Gemeinderat hat daraufhin entschieden, ein Schreiben an die Baudirektion zu machen. Wir sind mit grossem Unverständnis von dieser Entscheidung überrascht worden. Der Kanton hat vor kurzem noch gesagt, dass die Werterhaltung in Infrastruktur-Anlagen oberste Kernaufgabe ist. Zudem ist die Sicherheit von Velofahrern und vom öffentlichen Verkehr stark im Fokus bei dieser Erneuerung der Baslerstrasse. Beim Erneuerungsprogramm sollen Fördergelder des Bundes gesichert werden. Auch die werden nur gesprochen, wenn man im Jahr 2015/2016 loslegt. Es wird kein grosser Einspareffekt erzielt, weil die Gleise in der Zwischenzeit erneuert werden müssen. Wir müssen davon ausgehen, dass das Projekt teurer wird, wenn man es erst im Jahr 2019 realisiert, weil dann wieder zusätzliche Anforderungen entstehen können. Die fehlende Glaubwürdigkeit finden wir sehr schlecht. Wir, die Bevölkerung, die betroffenen Firmen, sind alle davon ausgegangen, dass dies im nächsten oder im übernächsten Jahr ausgeführt wird. Wir schlagen dem Regierungsrat vor, dass er mit dem ersten Abschnitt vom Morgartenring bis Maiengasse im Jahr 2017 loslegen soll. Er soll das im Landrat in der Kreditvorlage bereits integrieren und zu einer Entscheidung führen. Damit erhoffen wir uns, dass dies früher kommt und nicht erst im Jahr 2019.

Jürg Vogt, Präsident: Wir kommen nun zum dringlichen Postulat von Kurt Kneier. Es geht um die Überweisung, wir müssen darüber befinden, ob wir überweisen oder nicht.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Herzlichen Dank, dass Sie dieser Dringlichkeit zugestimmt haben. Es hat mir grosse Freude bereitet und ich sehe, dass dieses Areal, über das wir heute Abend diskutieren, es Wert ist, um darüber zu diskutieren. Ich habe vier Punkte aufgeschrieben. 1. Finanzielle Situation. 2. Landreserve. 3. Spezielle Ecken im Dorf. 4. Der Verkaufspreis.

Die finanzielle Situation. Wenn wir das Areal für CHF 1'550'000 verkaufen, dann haben wir nachher das Land nicht mehr. Was machen wir mit CHF 1'550'000? Es ist klar, wir nehmen es zur Finanzierung ans Schulhaus. Wenn wir die CHF 1'550'000 bei einem Broker oder einer Bank aufnehmen und heute eine Festhypothek machen oder das Geld fest auf zehn Jahre nehmen, dann erhalten wir das zu einem Zinssatz von unter 2%. Die Rechnung, die ich mache, ist die folgende. Wir nehmen CHF 1'550'000 auf, anstelle davon, dass wir es verkaufen, mit 2%. Das ergibt CHF 30'000 Hypothekarzins. Diesen CHF 30'000 stehen CHF 69'752 Nettozinsen gegenüber. Wir nehmen rund CHF 40'000 in den nächsten zehn Jahren ein, unter der Bedingung, dass die Liegenschaft voll vermietet ist. Davon, und das ist unbestritten, müssen wir den Liegenschaftsunterhalt bestreiten, eine neue Waschmaschine, vielleicht eine neue Heizung, vielleicht gibt es aufgestauten Liegenschaftsunterhalt, wo wir mehr investieren müssen. Rein rechnerisch bei Vollvermietung und einer Aufnahme eines Kredits auf zehn Jahre nehmen wir CHF 40'000 ein, womit wir den Unterhalt bestreiten können.

Die viel wichtigere Überlegung ist, dass wir da eine Landreserve haben bei den Schulhäusern Schönenbuchstrasse mit Turnhalle. Die Parzelle, die wir veräussern wollen, hat 1300 Quadratmeter. Das Haus steht noch drauf. Die Landreserve ist erheblich und diese sollten wir behalten für künftige Erweiterungen oder Neubauten, Neubauten wahrscheinlich nicht, aber Erweiterungen.

Als Drittes möchte ich die spezielle Situation beim Dorfplatz erwähnen. Wenn Sie die Rückseite meiner umgewandelten Motion anschauen, dann haben wir dort die Parzelle Walmerhaus gelb eingezeichnet. Davor sehen Sie auf der linken Seite das ehemalige Gebäude der Raiffeisenbank, jetzt im Besitz der Bürgergemeinde. Wenn man weiter in Richtung Schönenbuch geht, die Schönenbuchstrasse hinaus, dann kommt die ehemalige Dorfschmitte mit Schopf. Dahinter kommen Liegenschaften, welche eigentlich der öffentlichen Hand gehören, nämlich der christkatholischen Kirchgemeinde, der Pfarrsaal der Christkatholiken und das Pfarrhaus. Obendran kommt das alte Schönenbuchschulhaus, daneben das neuere mit der Turnhalle. Weiter oben, und das konnte ich hier nicht mehr abbilden, haben wir den grossen Pausenplatz oder Spielplatz vom ganzen Schulhaus. Sie sehen, dass ausser die vordere Front am Dorfplatz, wo der Coiffure und noch eine Firma mit Hörgeräten drin ist, wäre bis zur Klarastrasse alles im Besitz der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, sprich Bürgergemeinde und christkatholische

Kirchgemeinde. Wenn irgendwann etwas ist, dann könnte man hier etwas machen. Wir sollten die Landreserve, die dort hinten beim Walmerhaus ist, nicht verschachern.

Der Verkaufspreis, das ist der vierte Punkt, beträgt CHF 1'550'000, darüber kann man diskutieren. Es ist eine Liegenschaft, ein Riegelhaus, das bedarf höhere Unterhaltskosten wie eine normale Liegenschaft. Aber wir haben Landreserven dahinter. Man sieht auf diesem Bild, dass eine schöne Fläche frei ist. Wenn der neue Besitzer dies ab-parzelliert, kann er vielleicht etwas bauen? Dann wäre der Verkaufspreis von CHF 1'550'000 sehr günstig. Ich möchte Ihnen beliebt machen, meinem Postulat zuzustimmen. Diese Parzelle belastet uns in keiner Art und Weise, ganz sicher nicht finanziell, arbeitsmässig hat die Abteilung Hochbau damit etwas zu tun, man muss Mietzinsen kontrollieren, man muss den Liegenschaftsunterhalt abklären, aber sonst bringt uns der Erhalt der Parzelle im Gemeindeeigentum keinen Nachteil.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das Geschäft wegen dem Walmerhaus ist nicht zum ersten Mal Thema bei uns im Einwohnerrat. Lassen Sie mich kurz einen Abriss machen, was alles bereits unternommen wurde in dieser Sache. Alex Horisberger hat am 23. Oktober 2002 ein Postulat überwiesen erhalten mit Unterstützung des fast gesamten Einwohnerrates, es wurde grossmehrheitlich überwiesen. Er hat dort den Gemeinderat gefragt, ob man diverse Liegenschaften nicht veräussern könnte. Er hat sich unter anderem auf das Sturzeneggerareal, das Pestalozzi-Areal, Weiherweg 11 und Dorfplatz 3 und Klarastrasse 4 bezogen. Der Einwohnerrat hat dem damals zugestimmt und dies überwiesen. Der Gemeinderat hatte damit den Auftrag. Das Postulat wurde am 22. September 2004 zusammen mit dem Geschäftsbericht mit anderen Postulaten mehr oder weniger stillschweigend abgeschrieben. Seit dann hat der Gemeinderat den Auftrag, dass er sich darum kümmert, wenn er Geld braucht, mit gewissen Liegenschaften der Gemeinde Allschwil Handel zu betreiben und die auf den Markt zu bringen. Die Liegenschaft Walmerhaus ist eine sehr alte Liegenschaft. Sie wurde Mitte der 80er-Jahre ungefähr gerettet mit öffentlichen Geldern. Man wollte sie retten, darum hat man sich um das Walmerhaus gekümmert. Im Jahr 2005 hat der Einwohnerrat dem Dorfzonenreglement zugestimmt. Das war auch ein Postulat von Herrn Horisberger, der sich sehr um den Dorfkern bemüht hat. Im Dorfzonenreglement kam klar heraus, dass es eine Schutzzone mit kantonaler Unterstützung ist, mittlerweile sogar mit Bundesunterstützung, wir haben also einen bundesrechtlich geschützten Dorfkern. Die sogenannte Landreserve, mit der Kurt Kneier argumentiert, ist sehr beeinträchtigt. Sie ist beeinträchtigt wegen der Topografie. Ich weiss nicht, wer von Ihnen beim Schönebuch-Schulhaus über die Mauer bei der Abwartswohnung runtergeschaut hat. Dort ist es sehr steil und es ist sehr kleinräumig. Das ist für uns nicht von sehr grossem Wert, wenn wir noch mehr Schulraum bräuchten.

Ich komme zur Schulraum-Strategie. 2009 hat sich der Gemeinderat mit der Schulraumstrategie befasst. Er hat damals das Schulhaus in Erwägung gezogen, hat dann aber bemerkt aufgrund der steigenden Schülerzahlen, dass man auch bei den Kindergärten etwas machen muss. Er hat sämtliche Liegenschaften und Landreserven überprüft, wo man noch etwas machen könnte und welche Grundstücke zur Verfügung stehen. Wenn Sie dieses Foto anschauen, dann sehen Sie nördlich vom neueren Teil des Schulhauses eine grüne Fläche. Wenn Sie ganz genau schauen, dann sehen Sie die Parzellierungen, die Grenzabstände. Der grüne Fleck mit dem Baum drauf ist eine Parzelle, die der Gemeinde Allschwil gehört. Diese Parzelle wurde auch geprüft, als wir darüber befinden mussten, ob wir beim Pestalozzi neu bauen. Das wäre die Landreserve, die der Gemeinderat schon immer vorgesehen hat für Erweiterungen für den Schulhausbau, der zugegebenermassen später einmal stattfinden könnte. In keinsten Art und Weise haben wir uns mit dem Hinterland des Walmerhauses befasst. Erstens aus topografischen Gründen und zweitens können wir im Dorfzonenreglement, darum habe ich das vorhin erwähnt mit dem nationalen Schutz, nicht einfach eine Zone erweitern. Wir können weder ein Schulhaus noch eine Turnhalle in diese Dorfzone bauen, das ist stark reglementiert. Aus diesem Grund hat es der Gemeinderat bei der Schulraumstrategie nicht in Erwägung gezogen, das Hinterland des Walmerhauses zu brauchen.

Zur Immobilienstrategie des Gemeinderates, die wir 2010 gemacht haben. Wir haben dort einen Entscheidungsbaum beschlossen, wo wir grundsätzlich alle Immobilien und alle Grundstücke der Gemeinde Allschwil überprüft haben, was wir damit machen möchten und was möglich ist. Wir haben zuerst geschaut, was wir für die Verwaltung brauchen, sprich Schulen, Kindergärten, Gemeindeverwaltung, Werkhof oder sonstige öffentliche Werke. Und wir haben einen Teil im Finanzvermögen. Das Finanzvermögen ist nicht wahnsinnig gross. Es sind drei Häuser, das war die Mühle, das Walmerhaus und die Klarastrasse 4. Dann gibt es noch ein paar landwirtschaftliche Parzellen, die sind hier vernachlässigbar. Der Gemeinderat hat bei diesem Entscheidungsbaum geschaut, ob wir diese Liegenschaft brauchen, praktisch oder strategisch. Dann kam die Frage nach den Kosten, nach Investitionen. Sind Investitionen zu erwarten bei diesen Liegenschaften? Am Schluss noch die Rendite, wie hoch soll diese sein. Der Gemeinderat war 2010 der Meinung, dass die Rendite bei 3% liegen sollte. Das Fazit für den Dorfkern 3, das Walmerhaus und Klarastrasse 4, war, dass die beste Variante der Verkauf ist.

Die Rendite pro Jahr. Unsere Finanzabteilung hat heute Morgen kurz in die Bücher geschaut und verdankenswerterweise diese wichtigsten Zahlen aufgelistet in einer kleinen Tabelle. Ich kann diese nachher zur Verfügung stellen. Es stimmt, was Kurt Kneier gesagt hat. Wir haben Netto-Mietzinseinnahmen von CHF 67'000 im 2009. Die gingen im 2010 rauf auf CHF 69'575. Dort sind sie geblieben bis ins Jahr 2013. Wir haben Unterhaltskosten in verschiedener Höhe. 2010 waren sie höher, weil wir etwas an der Heizung machen mussten, danach waren sie etwas tiefer. Wir haben einen Verwaltungsaufwand, diesen haben wir mit 3% pro Jahr gerechnet. Wir haben einen Zinsaufwand, der relativ hoch ist, weil die Liegenschaft höher in den Büchern steht. Wir kommen dann zu einem Netto-Ertrag von dieser Liegenschaft im 2013, da war er ein bisschen höher, weil wir weniger gemacht haben im Unterhalt, weil wir davon ausgegangen sind, dass wir es an den Markt bringen, von CHF 36'000. Im 2009 waren es CHF 15'000, 2010 waren es CHF 10'000, 2011 waren es 16'000 und 2012 waren es CHF 16'800. Eine Rendite pro Jahr kann man so rechnen, da ergibt sich in den Jahren 2009 bis 2012 1%. Weil wir da mit dem Liegenschaftsunterhalt ein bisschen runtergegangen sind im letzten Jahr, hatten wir eine Rendite von 2,2%. Das liegt deutlich unter der Strategie, welche der Gemeinderat mit den eigenen Liegenschaften erreichen wollte.

Ich komme zum neuen Schulhaus und der Finanzstrategie. In der Vorlage an den Einwohnerrat im Jahr 2013 im März hat der Einwohnerrat zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Strategie entwickelt hat. Es war bekannt, dass wir dort auch einen Teil von unseren Liegenschaften an den Markt bringen möchten, sodass wir uns die Schulbauten leisten können. Ich rede nicht nur vom Schulhaus, natürlich ist das ein grosser Brocken, aber ich spreche auch von den Kindergärten, welche wir erstellt haben oder immer noch erstellen. Die Strategie war als Thema so nie bestritten. Der Einwohnerrat hat sich berechtigterweise Sorgen um die hohe Fremdverschuldung gemacht. Wir haben gesagt, dass sie nicht höher sein soll als ein Drittel der gesamten Strategie beim Schulhaus.

Weitere Argumente, weshalb der Gemeinderat das Postulat nicht entgegennehmen möchte, ist die Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit. Der Auftritt der Gemeinde als Geschäftspartner ist eher weniger vertrauenserweckend, wenn eine Woche vor der Vertragsunterzeichnung ein Salto rückwärts gemacht wird. Ich muss hier drin auch die Frage nach der Verantwortung für die Finanzen stellen. Wann soll die Gemeinde mit dem Geld verdienen anfangen, wenn bereits kleine Verkäufe so eine grosse Diskussion auslösen. Welcher Dornenweg erwartet uns, wenn wir die grossen anstehenden Geschäfte wie Sturzenegger, Bettenacker- oder Gartenstrasse-Schulhaus hier drin haben. Wir werden hier bald mit den entsprechenden Vorlagen kommen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir alle am gleichen Strick ziehen sollten, und zwar am gleichen Ende bei den Zielen des Finanzhaushaltes. Auch wenn Kurt Kneier heute Abend darlegen konnte, dass bei der aktuellen Finanzlage auf dem Markt dies nicht viel Geld kostet, die CHF 1'550'000 aufzunehmen, sind wir davon überzeugt, dass jedes Geld, das wir nicht am Markt aufnehmen müssen, ein Vorteil für die Gemeinde Allschwil ist. Als Gemeinderat warnen wir davor, davon abzuweichen und jetzt in letzter Sekunde etwas zu bremsen. Wir haben eine Gewaltenteilung und eine Kompetenzregelung. Wir sind davon überzeugt, dass es taugliche politische Mittel gibt, um die Gemeindestrategie massgeblich zu beeinflussen. Ich bin davon überzeugt, dass ein Vorstoss im Einwohnerrat zu einem Sachgeschäft in der Kompetenz des Gemeinderates nicht das richtige Mittel ist. Ich bitte Sie darum im Namen des Gemeinderates diesem Postulat nicht zu folgen und dem Gemeinderat diese Kompetenz zuzuschreiben, dass er diesen Landverkauf durchführen kann und dass er nicht auf Kompetenzen pochen muss. Wir sollten miteinander die Erkenntnis weitertragen, dass wir für das finanzielle Wohl der Gemeinde Allschwil in diesen für gewisse Leute sauren Apfel beiessen müssen.

Jürg Vogt, Präsident: Danke für diese Ausführungen. Ich möchte die Diskussion eröffnen, ob wir dieses Postulat überweisen. Es ist für den Gemeinderat wichtig zu hören, wie die politische Meinung dazu ist.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Seit ich im Einwohnerrat bin, das ist vielleicht noch nicht so lange, war immer die Rede von diesem - ich sage es jetzt extra so - überzogenen und überrissenen CHF 90'000'000 Projekt. Beim neuen Schulhaus war vom Bettenacker, Sturzenegger und Gartenstrasse die Rede bezüglich des Veräusserns. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass man vom Walmerhaus und vom anderen, das zur Diskussion stand, geredet hat. So viel zu den Fakten. Man hat es damals gerettet, wurde gesagt. Ich denke, man darf daran festhalten. Es gehört zum Dorfkern und zu Allschwil. Es symbolisiert Allschwil und dann darf man das in den Händen der Gemeinde behalten. Wenn das Verwalten ein Problem ist, dann kann man das extern geben und sagen, wie viel man herausholen möchte. Es ist ja keine Last für die Gemeinde, es ist ein Einkommen. Klar, das Einkommen ist nicht immer gleich hoch. Dieses Jahr haben wir ein bisschen mehr eingenommen und die letzten Jahre weniger. Ich habe Mühe damit, dass wir dies veräussern. Ich habe das Gefühl, dass wir eine grosse Panik machen, dass wir Geld haben müssen. Ja, wir müssen schauen. Wir haben ja gesagt zum neuen Schulhaus. Wir haben aufgezeigt, was wir dafür ins Auge fassen, das war nie bestritten hier drin. Daran soll man sich bitte festhalten.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich möchte auf ein paar Punkte, die Herr Morat gesagt hat, eingehen. Er hat gesagt, dass wir noch drei Liegenschaften im Finanzvermögen haben. Wir haben nachher kein Finanzvermögen mehr, wir haben dann alles verscherbelt. Wir haben in den letzten zwei Jahren alles verscherbelt. Wir haben hier vorne an der Baslerstrasse, wo früher die Kirche stand, das Areal im Baurecht abgegeben. Auch das ist weg. Wir haben nachher noch die Wegmatten und Ende. Wir haben kein Sturzenegger-Areal mehr, wir haben nichts mehr. Wieso sollen wir hier das letzte Areal aus dem Finanzvermögen weggeben? Wir haben nachher nichts mehr. Die topografische Strategie. Ich weiss, dass es dort steil ist. Wenn ich schaue, an welchem Hang in Engelberg Einfamilienhäuser und zum Teil Mehrfamilienhäuser gebaut werden, dann werden wir in Allschwil auch einen Architekt finden, der die topografischen Probleme dort lösen kann.

Sie sprechen die Rendite an. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass es eine Rendite auf gemeindeeigenen Liegenschaften braucht von 3%. Ich habe es Gott sein Dank aufbewahrt, homegate.ch, das Verkaufsinserat von unserer Liegenschaft Walmerhaus, Dorfplatz 3. Brutto-Rendite 4,49%. Und jetzt komme ich wieder zurück auf die finanzielle Situation. Der Gemeinderat kann diese Berechnung machen, die er gemacht hat. Ich mache meine Berechnung und ich hoffe, Sie haben meine Berechnung verstanden. Die CHF 1'550'000 möchte ich fremdverschulden, wir bezahlen diesen Zins, aber hier können wir einen Ertrag generieren, wie ich es eingangs erwähnt habe. Ich bitte Sie, geben wir zum letzten Stück Landreserve in Allschwil Sorge und stimmen Sie dem Postulat zu.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ich bin schon ein bisschen erstaunt. Wenn ich die letzten Einwohnerratssitzungen rekapituliere. Sparen Sparen Sparen, es ging um CHF 5000 oder CHF 50'000. Jetzt möchte man etwas umsetzen, wo man Geld generieren kann. CHF 1'550'000 brauchen wir nicht, wir möchten nun das behalten. Wir hatten vor 1,5 Jahren die gleiche Diskussion zur Mühle. Ist es wirklich die Aufgabe der Gemeinde geschützte Objekte im Besitz zu halten? Es ist kein Rendite-Objekt. Und ob die 4,5% auf Homegate den Tatsachen entsprechen, möchte ich nicht überprüfen. Dort wird sehr schönfärbisch etwas eingesetzt, damit es lockt. Ich kann diesem Antrag gar nicht folgen, weil es nicht die Aufgabe der Gemeinde ist, schützenswerte Objekte langfristig im Portfolio zu halten. Die Gemeinde hat ihre Aufgabe erfüllt, indem sie es gerettet und saniert hat. Jetzt kann man es abstossen. Es ist keine Tragödie, wenn es nicht mehr im Besitz der Gemeinde ist, sondern im Privatbesitz. Es ist sowieso geschützt.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte gerne ein Time-out beantragen, weil wir uns in der Fraktion zu diesem Geschäft beraten müssen, wie wir uns verhalten.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte gerne ein paar Sachen richtig stellen. Simon Zimmermann hat in der Aufregung eine falsche Millionenzahl genannt. Du hast CHF 90'000'000 genannt, wir sind bei nicht ganz CHF 70'000'000, alles inklusive. Das möchte ich berücksichtigen in der Diskussion und ich bitte, dass man sich trotz der angespannten Situation und der fortgeschrittenen Zeit vor dem Match mit den Details befasst. „Nie gehört“, hat Herr Zimmermann gesagt. Das ist in der Finanzstrategie innerhalb der Einwohnerratsvorlage klar und deutlich geschrieben, was alles dazu dienen könnte, damit man die Finanzdienstleistungen nicht so hoch ansetzen muss und nicht so viel Fremdkapital auf dem Markt beschaffen muss. Es steht in der Tabelle auf der linken Seite. Noch kurz etwas zur Brutto-Rendite von Kurt Kneier. Die 4,4% Bruttorendite ist natürlich ohne Abzüge. Was die Verkäufer reinschreiben, welche Brutto-Rendite möglich ist, ist eine andere Sache. Ich habe von einer Netto-Rendite gesprochen, das ist nicht das gleiche. Welche Investitionen dort noch getätigt werden, das ist dem Käufer überlassen. Dann haben wir natürlich schon noch ein paar Baurechtspartellen, aber dort kommt ein Baurechtzins rein. Es sind nicht die letzten zwei Partellen, die wir hier veräussern. Es sind zwei Partellen, wo der Gemeinderat klar gesagt hat, dass er sie nicht braucht für seine Aufgaben, dass die Rendite zu klein ist und dass in Zukunft Geld gebunden wird, welches wir anderswo benötigen, vor allem in der nächsten Zukunft. Das wollte ich vor dem Time-out klarstellen. Man kann sicher in den Fraktionen darüber diskutieren, ob der Finanzweg risikoreich bestritten werden soll oder ob man diese Partelle behalten möchte, die für uns keinen grossen Wert hat.

Jürg Vogt, Präsident: Herr Spiegel, es sind noch drei Redner. Können wir die Rednerliste abschliessen und dann das Time-out machen?

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich spreche als Einwohnerrat. Zur Finanzstrategie bin ich völlig einverstanden, das wurde immer erwähnt. Ich bin klar der Meinung, dass ein Postulat hängig ist bezüglich alternativer Finanzierung für die Finanzstrategie. Die Finanzstrategie hat man so zur Kenntnis genommen, das bin ich mir bewusst, aber das ist noch lange nicht fertig ausdiskutiert. Wir müssen hier in letzter Minute bremsen. Natürlich gibt es ein Reglement bei dieser Landreserve. Der Bedarf an Bauland wird enorm steigen in den nächsten Jahren. Damit wird die nächste Generation dieses Reglement ändern und dann ist der Raum frei. Und dann kann man etwas machen, was der Allgemeinheit dient. Das sind die Kernüberlegungen, weshalb ich das Postulat überweisen möchte.

Christoph Ruckstuhl, EVP/Grüne-Fraktion: Auch wir von der Grünen/EVP-Fraktion sind für die Überweisung des Postulats. Zeiten ändern sich und Strategien sollten sich auch ändern. Ohne Not etwas verkaufen, das zukunftssträftig ist, ist jetzt nicht angesagt.

Roland Naef, parteilos: Zukunftssträftig ist immer relativ. Bei diesem Grundstück hat es nicht viel Baulandreserven, auch wenn es auf dem Bild gross aussieht. Wir haben vorne ein denkmalgeschütztes Haus. Da kann man, wenn man es kauft, nicht viel damit machen. Hintendran gibt es auch Auflagen, wenn ich vorne Denkmalrecht habe. Das Denkmalrecht ist Bundesrecht, das kann ich nicht einfach über den Haufen schmeissen. Ich kann auf dem gesamten Grundstück nicht viel weiterentwickeln. Ich bin ans vordere Haus gebunden. Die sogenannte Baulandreserve gibt es nicht bei einem geschützten Grundstück. Ob es Sinn macht, dass ein Haus in dieser Grössenordnung im Gemeinde-Portfolio bleibt, das ist jedem überlassen. Ich meine nach wie vor nein, weg mit diesem Haus, wenn wir dafür CHF 1'550'000 erhalten. Mit diesem Geld können wir etwas Sinnvolleres anfangen. Wir müssen zukünftig mehr überlegen, Fremdgeld aufzunehmen zu den Zinsen, die wir heute haben. Wenn ich eine zehnjährige Hypothek mit knappen 2% aufnehmen kann, dann macht es Sinn, dass wir das, was wir haben, belasten, einen günstigen Zins bezahlen und dann können wir mit dem Geld arbeiten. Eine geschützte Zelle ist keine Baulandreserve.

Mario Elser, EVP/Grüne-Fraktion: Wir von der EVP/Grüne-Fraktion haben immer darauf hingewiesen, dass das Projekt mit den CHF 70'000'000 völlig überrissen ist. Der Gemeinderat hätte sich das vorher überlegen müssen, wie man das finanziert. Jetzt einfach alles verscherbeln, finde ich nicht gut. Für mich ist das ein Verscherbeln des Hauses und dieser grossen Parzelle. 1300 Quadratmeter, das sind CHF 1000 pro Quadratmeter. Ich bin nicht Immobilienmakler, aber ich habe das Gefühl, dass es ein sehr tiefer Preis ist. Wir möchten das für die Zukunft erhalten, damit wir später etwas anderes damit machen können. Es steht zentral im Dorfzentrum.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe keine inhaltliche Geschichte, sondern eine formale Frage. Können wir dem Gemeinderat eine Empfehlung abgeben und der Gemeinderat entscheidet?

Roland Naef, parteilos: Es gibt in dieser Zone mit dem Schutz keine CHF 1000 pro Quadratmeter, das ist ein Irrtum. Ich habe ein Grundstück und auf dem Grundstück steht ein Haus. Also ist das Grundstück bebaut, folgedessen kann ich nicht einen Quadratmeterpreis annehmen von einer unbebauten Parzelle. Wenn ich über den Denkmalschutz Auflagen habe, dann fällt der theoretische Grundstückspreis bei einer bebauten Parzelle massiv zusammen. Man kann nicht so rechnen, das sind Irrtümer, die nicht stimmen. Es geht um eine bebaute Parzelle in einer Ortsbildschutzzone. Dort entscheiden ganz andere Mechanismen. Ich muss beim Verkauf und beim Wert dieser Liegenschaft von ganz anderen Preisen ausgehen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Danke Roland für deine Aufklärung. Es ist noch viel schlimmer, es steht ein kantonaler Schutz auf diesem Haus. Das kann niemand abreißen und neu bauen, das kann nur so erhalten werden, wie es jetzt ist. Im Dorfzonenreglement ist dahinter ein kleiner Bauplatz ausgewiesen. Dort baut man nur ein Haus im Riegelbau. Man kann nicht irgendetwas dort bauen, wo man ein Renditeobjekt machen könnte. Das ist eine reine Liebhabergeschichte. Die CHF 1'550'000 im Angebot sind kein schlechter Preis. Es ist ein Irrtum, dass man dort einen Spekulanten auf den Platz kriegt, der dort was weiss ich was macht. Die CHF 1'550'000 sind nicht günstig für diesen Ort. Sie müssen die Topografie wirklich anschauen auf dem Plan. Wenn wir das Time-out machen, dann müssen wir schon wissen, von was wir sprechen. Wir von der Gemeinde können dort nicht viel machen, man kann dort ein

Haus bauen. Aber mit welchem Geld sollen wir dort ein Haus bauen, wo wir allenfalls eine Wohnung reinkriegen. Das zahlt sich niemals aus, was man dort ausgibt. Für die Schule können wir es nicht brauchen. Für die Schule haben wir einen genug grossen Platz auf der anderen Seite beim Pausenplatz. Das möchten wir so behalten, das brauchen wir vielleicht irgendwann. Aber dieses Walmerhaus brauchen wir nicht. „Ohne Not“, das ist nicht ganz richtig. Ohne Not würden wir uns hier auch nicht so rechtfertigen. Es ist wirklich so, dass wir seriös und nach bestem Wissen und Gewissen diesen Entscheidungsbaum kreiert haben und nach dem Entscheidungsbaum jede Liegenschaft angeschaut haben. Wir sind davon überzeugt, dass man in der heutigen finanziellen Situation ohne schlechtes Gewissen die gerettete Parzelle verkaufen kann. Das Walmerhaus bleibt stehen, das kann ich hier mit aller Deutlichkeit sagen. Das ist nicht dem Untergang geweiht, wenn es die Gemeinde verkauft. Es ist kantonal geschützt und man kann dort nicht viel anders machen. Die Gemeinde ist nicht dafür da, um Häuser an Private zu vermieten, nur damit man sie hat. Der Zweck wurde erfüllt, als man das Dorfzonenreglement gemacht hat. Dort hat man alle Liegenschaften vor dem Untergang gerettet. Noch etwas zum günstigen Zins. Natürlich haben wir im Augenblick günstige Zinsen. Aber wie sieht das aus, wenn der Zins dann einmal bei 3% oder 4% liegt? Sind wir dann immer noch günstig oder sind wir dann bereit, jährlich CHF 50'000 bis CHF 70'000 in die Liegenschaft zu schiessen, rein nur wegen den gestiegenen Zinsen? Das möchte ich Ihnen auch noch auf den Weg ins Time-out zu bedenken geben. Es wurden saubere Abklärungen gemacht. Ich bitte Sie, das Postulat nicht zu überweisen, damit der Gemeinderat nicht in eine komische Situation kommt, wo er zwar entscheiden kann, aber irgendwie doch nicht.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ich werde die Zahlen, die genannt wurden, nicht anzweifeln. Mir leuchtet es ein, dass mit dieser Landreserve nicht allzu viel anzustellen ist. Mir geht es um etwas anderes, wir haben ein wunderschönes Ortsbild beim Dorfplatz, wir werben auch damit. Es darf nicht sein, dass uns als Gemeinde dort nichts mehr gehört. Ich finde das wichtig für eine Gemeinde, dass ein gewisser Teil des Ortsteiles im eigenen Besitz ist. Ich werde für die Überweisung dieses Postulats stimmen und ich bitte Sie dem auch zuzustimmen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Strategien können sich ändern, Meinung können sich auch ändern und Sorgen kann man sich auch machen. Vor ungefähr einem Jahr haben wir extra in der Fireko eine zusätzliche Überprüfung angefordert und beraten, wie wir das Schulhaus stemmen können plus die anstehenden Kindergärten, welche teilweise bereits gebaut sind. Dort war die Rechnung, obschon es ein strukturelles Defizit und eine Nettoverschuldung von CHF 4500 pro Einwohner gibt, schon mit diesen Landverkäufen. Die Landverkäufe waren da bereits eingerechnet mit dieser finanziellen Zukunft, die uns heute erwartet. Wir kämpfen jetzt schon darum, dass es nicht schlimmer wird, sondern eher besser. Und jetzt wird hier gesagt, dass Strategien und Meinungen geändert werden können. Wir dürfen nicht zu fest hin und her gehen. Als wir vors Volk gingen und dafür argumentiert haben, dass wir das Schulhaus stemmen können in Allschwil, waren Verkäufe der Gemeinde Allschwil mit einberechnet. Dies hat auch dazu gehört. Ich bin gegen das Postulat, weil ich finde, dass man Linie halten soll und dabei bleiben, was man bestimmt hat. Ich weiss, dass Kurt Kneier da bereits gewarnt hat, dass wir viel zu teure Kindergärten haben, die wir jetzt bauen. Wir haben die Kindergärten mit diesen Preisen durchgewunken. Und jetzt kommen wir hintendrein und stellen alles wieder auf den Kopf. In der Fireko haben wir Sitzungen, und es geht immer ums Geld. Wenn wir keine höhere Netto-Verschuldung pro Einwohner in Zukunft möchten, dann gehören gewisse Landverkäufe dazu. Man muss hier nicht allzu fest auf Panik machen, Allschwil steht nicht kurz vor dem Ausverkauf. Dieter Pfister hat es mir kurz auf dem Laptop gezeigt. Studiert bitte das Budget, dort sieht man, dass wir für CHF 2'000'000 im Baurechtszins Land haben, zum Beispiel die Baslerstrasse 62. Wir stehen nicht kurz vor dem Ausverkauf der Gemeinde.

Jürg Vogt, Präsident: Wir haben jetzt noch zwei Personen auf der Rednerliste. Ich möchte den Ordnungsantrag stellen, dass wir die Rednerliste jetzt schliessen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir hören jetzt die zwei Redner noch an, machen danach das Time-out und schliessen dann die Rednerliste.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich versuche es nochmals. Beim Votum von Rahel Balsiger habe ich bemerkt, dass sie mich nicht verstanden hat. Wir müssen nicht schauen, ob wir CHF 70'000'000 oder CHF 71'550'000 Schulden haben. Wir müssen schauen, was wir am Schluss im Kässeli in der Erfolgsrechnung haben, das ist ein Unterschied. Wenn ich Schulden haben, dann ist das das eine, dann habe ich auch eine Pro-Kopf-Verschuldung. Wir hatten in Allschwil auch schon mal keine Pro-Kopf-Verschuldung. Das darf man nicht so betrachten, wir müssen schauen, was wir in der Erfolgsrechnung haben. Wir haben in der Erfolgsrechnung CHF 70'000 Einnahmen, wir haben Schuldzinsen und der Rest ist Gewinn, den wir im Sack haben, ob wir eine Verschuldung haben oder nicht.

Herr Morat, ich bin froh, dass Sie es gesagt haben. In den CHF 1'550'000 ist tatsächlich noch ein Bauplatz drin, erstaunlich. Wir vergeben jetzt eine Liegenschaft mit vier Wohnungen und einem Bauplatz mit Auflagen für ein Riegelhaus. Man kann ein Riegelhaus bauen. Die Dame, die es im Baurecht genommen hat, hat auch ein Riegelhaus gebaut. Für CHF 1'550'000 verkaufen wir das Walmerhaus plus einen Bauplatz, sehr günstig. Ich bin enttäuscht, dass Sie gesagt haben, dass Sie CHF 70'000 in die Hand nehmen möchten. In den nächsten zehn Jahren müssen wir eine Festhypothek machen, wir bezahlen 2% und nicht, wie Sie zitiert haben, 3%. Ihre Argumentation erstaunt mich manchmal, das tut mir leid Herr Morat. Heute Abend habe ich mehrmals von 2% gesprochen und Sie kommen und sagen, dass wir 3% bezahlen. Wenn man eine Festhypothek macht, dann bezahlt man auf die abgeschlossene Laufzeit einen festen Zinssatz. Bitte überlegen Sie sich das gut im Time-out.

Bruno Gadola, SP-Fraktion Ich mache es kurz. Rahel Balsiger sagt, dass wir die Linie halten soll. Ich mache es, wie ich es auch in der Finanzkommission gemacht habe. Ich bin natürlich nicht dafür, dass wir Land, das der Öffentlichkeit gehört, an Private verscherbelt.

Jürg Vogt, Präsident: Jetzt machen wir ein kurzes Time-out, 3 Minuten. Die Fraktionen können sich kurz beraten.

Time-out

Jürg Vogt, Präsident: Ich hoffe, Sie konnten Ihre Meinung finden. Wir können die Abstimmung machen und anschliessend die Sitzung schliessen. Ich möchte voraus noch sagen, dass wir die Parkraumbewirtschaftung unterbrechen. Wenn jemand schon einen Antrag hat zum Reglement Parkraumbewirtschaftung, soll er mir dies bringen oder könnte dies auch im Sekretariat Nicole Müller zustellen. Wir haben am Montag Bürositzung und werden dies dort besprechen, ob wir einen anderen Weg gehen möchten oder die Lesung weitermachen wie geplant in der nächsten Sitzung. Wir kommen zum Antrag von Kurt Kneier, das Postulat. Wer möchte das Postulat überweisen?

://:

Mit 22 Ja- und 11 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Ich schliesse die Sitzung für heute, wir mussten leider wieder überziehen. Ich hoffe, dass wir das nächste Mal pünktlich schliessen können.